

# Bielefeld mahnt

---

Ergebnisse einer Online-Umfrage zu den Ereignissen rund  
um die Demonstrationen am 9. November 2019

## Zusammenfassung

### Hintergrund der Studie

Für den 9. November 2019 hatte die Partei „Die Rechte NRW“ eine Demonstration durch die Bielefelder Innenstadt angemeldet. An dem Aufmarsch beteiligten sich etwa 230 rechte Demonstrierende. Zu verschiedenen Gegendemonstrationen erschienen laut offiziellen Angaben rund 14.000 Menschen. Die Polizei hatte weite Teile der Bielefelder Innenstadt abgesperrt und war mit einem Aufgebot von ca. 1.500 Beamt\*innen sowie Wasserwerfern und Reiterstaffeln vor Ort. Den Aufmarsch am 9. November, dem Tag des historischen Gedenkens an den Beginn der Novemberpogrome 1938 und die Opfer des Nationalsozialismus, stattfinden zu lassen, hatte das Bielefelder Polizeipräsidium zunächst untersagt. Diese Verbotsverfügung wurde durch das Verwaltungsgericht Minden jedoch wieder aufgehoben. Die vorliegende Studie dokumentiert systematisch anhand von Ergebnissen einer Online-Umfrage, wie 841 Gegendemonstrierende das Geschehen am 9. November wahrnahmen, welche Motive sie zur Teilnahme bewegten, wie sie die beteiligten Gruppen erlebt haben und inwiefern sie einen Bezug des rechten Aufmarsches zum Gedenktag des 9. Novembers wahrnahmen. Es haben sich auch 184 Personen an der Umfrage beteiligt, die an keiner der Gegendemonstrationen teilgenommen haben. Insgesamt wurde die Umfrage also von 1.025 Menschen vollständig ausgefüllt. Der vorliegende Bericht gibt einen Überblick über die Antworten der Befragten, insbesondere der Teilnehmenden an den Gegendemonstrationen, und zieht an den entsprechenden Stellen Vergleiche zu den Nicht-Teilnehmenden.

### Wesentliche Ergebnisse

Als wichtigsten Grund, sich an den Gegendemonstrationen am 9. November 2019 zu beteiligen, geben die Befragten an, dass sie damit „ein Zeichen gegen Rechtsextremismus“ setzen wollten (97,2 %). Darin, dass die Demonstrationen mit rund 14.000 Beteiligten dieser Signalwirkung gegen Rechts gerecht wurden, stimmen die Teilnehmer\*innen ebenso überein (87,7 %) wie darin, dass mit den Demonstrationen erfolgreich ein Zeichen „für ein buntes und weltoffenes Bielefeld“ gesetzt werden konnte (90,3%). Ein Fokus der Studie lag auf der Wahrnehmung der beteiligten Akteursgruppen (rechte Demonstrierende, Gegendemonstrierende und Polizei), wobei die Befragten sich, auch in ihren offenen Kommentaren, insbesondere zum Einsatzkonzept der Polizei und zu Vergleichen mit dem Demonstrationsgeschehen am 10. November 2018 äußerten. Insgesamt bewerteten die Teilnehmer\*innen den Einsatz der Polizei in diesem Jahr als positiver als den Einsatz im Jahr 2018. Sie haben sich etwa durch das Auftreten der Polizei weniger stark eingeschüchtert und in ihren Demonstrationsmöglichkeiten weniger stark eingeschränkt gefühlt, üben aber weiterhin deutliche und differenzierte Kritik am Einsatzkonzept der Polizei und bewerten beispielsweise die Anzahl der eingesetzten Beamt\*innen (53,9 %) und die verwendete Ausrüstung (72,4 %) als unangemessen. In den 274 offenen Kommentaren der Teilnehmenden wird dabei erneut deutlich, dass

die Befragten nicht die einzelnen Beamt\*innen, sondern das Einsatzkonzept der Polizei kritisieren. Ein ergänzender inhaltlicher Schwerpunkt des öffentlichen Diskurses und damit auch der Studie lag in diesem Jahr auf der Bedeutung des 9. Novembers als einem Tag des Gedenkens. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass der 9. November für einen Großteil der Teilnehmenden (85,9 %) ein Datum von besonderer Bedeutung ist und sie diesen mit dem Gedenken an geschichtliche Ereignisse, insbesondere des Beginns der Novemberpogrome 1938 und der Opfer des Nationalsozialismus in Deutschland in Verbindung bringen (78,9 %). Zwei Drittel (66,9 %) der Teilnehmenden an den Gegendemonstrationen geben an, dass sie sich durch die rechte Demonstration am 9. November in ihren Möglichkeiten eingeschränkt fühlten, der Opfer des Nationalsozialismus angemessen zu gedenken. Nahezu alle Teilnehmenden (95,1 %) sehen einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem Thema der rechten Demonstration am 9. November und dem Datum als Tag der Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus. Das Urteil des Mindener Verwaltungsgerichts, die Verbotsverfügung für die rechte Kundgebung am 9. November aufzuheben, halten 90,5 % der Befragten für falsch. In der heterogenen Gruppe der Nicht-Teilnehmenden finden sich in der Umfrage Antworttendenzen in weniger starker Ausprägung, aber zumeist gleicher Richtung.

#### Grenzen und Ausblick

Abschließend werden methodische Limitationen der Umfrage diskutiert. Die erneut hohe Bereitschaft zur Teilnahme an der Studie interpretieren die Autor\*innen als bestehenden Redebedarf sowohl in Bezug auf das Einsatzkonzept der Polizei als auch die Bedeutung des 9. Novembers als Tag historischen Gedenkens und damit einhergehend die Aufhebung der Verbotsverfügung durch das Mindener Verwaltungsgericht.

## Inhalt

1. Vorwort .....	5
2. Methodik .....	8
3. Stichprobe .....	9
4. Wahrnehmungen und Einstellungen der Befragten .....	10
a. Gründe für die (Nicht)Teilnahme .....	10
b. Wahrgenommene Wirkung der Gegendemonstration .....	11
c. Wahrnehmung der beteiligten Akteursgruppen .....	11
I. Wahrnehmung des Gewaltpotenzials von rechten Demonstrierenden und Gegendemonstrierenden .....	12
II. Wahrnehmung des Polizeieinsatzes .....	12
d. Der 9. November als Tag des Gedenkens und das Urteil des Mindener Verwaltungsgerichts .....	15
e. Auswertung offener Kommentare der Teilnehmenden .....	20
5. Vergleich der Befragungsergebnisse 2018 und 2019 .....	27
6. Grenzen und Ausblick .....	30
Anhang A – Vollständige deskriptive Auswertung .....	33
Deskriptive Auswertung der Daten der Teilnehmenden .....	33
Deskriptive Auswertung der Daten der Nichtteilnehmenden .....	39
Anhang B – Codetabellen zur Auswertung der offenen Kommentare .....	46
Impressum .....	47

# 1 Vorwort

Für Samstag, 9. November 2019, hatte die Partei „Die Rechte NRW“ anlässlich des Geburtstags der verurteilten Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck wie 2018 zu einem Marsch durch Bielefeld aufgerufen. Unter dem Motto „Freiheit für Ursula Haverbeck“ folgten etwa 230 Personen diesem Aufruf und zogen auf einer von der Polizei genehmigten Strecke vom Bielefelder Hauptbahnhof zum Gerichtsgebäude am Niederwall und zurück. Als Reaktion auf diesen rechten Aufmarsch fand eine Reihe von Gegendemonstrationen, Versammlungen und Protesten an unterschiedlichen Orten im Bielefelder Stadtgebiet statt, die im Voraus von Gruppierungen wie dem „Bielefelder Bündnis gegen Rechts“, „Bündnis 90/Die Grünen“ und dem „Deutschen Gewerkschaftsbund“ angemeldet wurden. An diesen Gegendemonstrationen beteiligten sich nach aktuellen Schätzungen rund 14.000 Menschen. Die Polizei war mit einem Aufgebot von bis zu 1.500 Beamt\*innen, Wasserwerfern und Reiterstaffeln im Einsatz und sperrte Bereiche der Bielefelder Innenstadt weitläufig ab, wodurch die Mobilität im Stadtgebiet sowohl fußläufig als auch in Bezug auf den öffentlichen Personennahverkehr eingeschränkt wurde.

Im Vorfeld der Demonstrationen war über die Genehmigung des rechten Aufmarsches am 9. November diskutiert worden, da in Deutschland an diesem Tag des Beginns der Novemberpogrome 1938 und der Opfer des Nationalsozialismus gedacht wird. Die Ereignisse des 9. November 1938 gelten als Auftakt der systematischen Ermordung der europäischen Juden durch die Nationalsozialisten. Das Bielefelder Polizeipräsidium hatte die Kundgebung der Partei „Die Rechte“ zur Forderung der Freiheit der verurteilten Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck am 9. November 2019 daher zunächst untersagt. In einem Eilverfahren hob das Verwaltungsgericht (VG) Minden diese Verbotsverfügung mit der Begründung auf, „das benannte Thema der geplanten [rechten] Demonstration weise keine Stoßrichtung gegen das Gedenken an die nationalsozialistische Gewaltherrschaft auf“ (Pressemitteilung des VG Minden vom 30.09.2019). Sowohl im Vorfeld der Demonstrationen als auch am 9. November selbst wurden öffentliche Diskurse geführt, die sowohl das zu erwartende Einsatzkonzept und Aufgebot der Polizei als auch die Genehmigung des rechten Aufmarsches an diesem Datum betrafen. Die Artikel, Kommentare und Diskussionsbeiträge verdeutlichten, dass beide Themen in der Bielefelder Stadtgesellschaft, und darüber hinaus, teils kontrovers diskutiert wurden. Vor diesem Hintergrund entstand, wie schon im vergangenen Jahr, eine Studie, um die verschiedenen Haltungen und Meinungen zu systematisieren.

Die Fragen und Befunde der letztjährige Studie, die unter dem Titel [„Bielefeld protestiert – Ergebnisse einer Online-Umfrage zu den Ereignissen rund um die Demonstrationen am 10. November 2018“](#) veröffentlicht wurden und über die Homepage der Bielefelder Universität abgerufen werden können, wurden dabei an vielen Stellen aufgegriffen, um eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu gewährleisten. Die Ergebnisse der

Studie, die im Anschluss an den rechten Aufmarsch und die Gegendemonstrationen am 10. November 2018 durchgeführt wurde und an der insgesamt 1.644 Menschen teilnahmen, verdeutlichen, dass es vielen Protestierenden im vergangenen Jahr ein wichtiges Anliegen war, ein Zeichen zu setzen und sich aktiv gegen Rechtsextremismus zu engagieren. Dies zeigte sich sowohl in den Antworten der Befragten auf die geschlossenen Fragen als auch in den vielen offen verfassten Kommentaren, die systematisch ausgewertet wurden. Deutlich kritisiert wurde im vergangenen Jahr das Einsatzkonzept der Polizei: So fanden etwa 40,5% der Befragten, dass „viel zu viele Beamt\*innen“ und 61,2% der Befragten, dass „viel zu viel Ausrüstung“ eingesetzt worden seien. Fast zwei Drittel (64,6%) gaben an, sie hätten sich durch die Polizei eingeschüchtert gefühlt, 57,3% fühlten sich „eher nicht“ oder „überhaupt nicht“ von der Polizei beschützt, nur 31,6% der Befragten erlebten die Polizei als „neutral“. Die Auswertung der vielen offenen Kommentare verdeutlichte schließlich, dass die Befragten explizit das Einsatzkonzept der Polizei und weniger das Verhalten einzelner Beamt\*innen kritisierten, sich in ihrer Kritik am Einsatz also differenziert zeigten. Diese Fragen in Bezug auf die Ereignisse am 9. November 2019 vergleichend beantworten zu können und den aufgekommenen Diskurs um die Bedeutung des 9. Novembers und die aufgehobene Verbotsverfügung als neuen Aspekt aufzunehmen, war inhaltlicher Schwerpunkt der vorliegenden Befragung.

Das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG), das auch die erste Studie („Bielefeld protestiert“) durchführte, beschäftigt sich seit 22 Jahren mit Phänomenen wie Konflikten, Rechtsextremismus und Protest. Wie im vergangenen Jahr ist es das Ziel der vorliegenden Studie, die Wahrnehmungen und Erfahrungen von Menschen rund um den 9. November 2019 an neutraler und wissenschaftlicher Stelle zu sammeln, zu dokumentieren, zu systematisieren und die Ergebnisse der interessierten Öffentlichkeit bereitzustellen.

Über diese Absicht einer möglichst unabhängigen wissenschaftlichen Dokumentation hinaus bestand und besteht keine Intention, sich innerhalb der laufenden Diskussionen zu positionieren. Die Studie erhielt keinerlei externe finanzielle Unterstützung, entstand ohne Einflussnahme von außerhalb und die gesammelten Daten wurden und werden nicht an Dritte weitergegeben. Die Beteiligung an der Umfrage war vollkommen anonym und freiwillig. Die vorliegende Studie soll allen Interessierten und relevanten Akteur\*innen die Möglichkeit geben, die Ereignisse vom 9. November 2019 und deren Wahrnehmung auf Basis empirischer Daten einzuordnen und bei Interesse entsprechend aufzuarbeiten. Damit eine entsprechende Einordnung vorgenommen werden kann, ist eine methodenkritische Reflektion der Studie ebenso wichtig wie Transparenz. Der vorliegende Bericht umfasst daher die Beschreibung von Kontext und Methodik der Studie ebenso wie zentrale Ergebnisse der Auswertung der gesammelten Daten. Zusätzlich sind die Gesamtheit der gestellten Fragen sowie alle deskriptiven Ergebnisse, im Anhang differenziert nach Teilnehmenden und Nicht-Teilnehmenden, aufgeführt.

Die Verbreitung des Links zur Online-Umfrage erfolgte in Zusammenarbeit mit lokalen Medien, die sowohl im vergangenen Jahr als auch im Jahr 2019 im Vorfeld und am Tag der Demonstrationen selbst berichteten und damit als sinnvolle Plattformen erschienen, möglichst viele Interessierte im Anschluss an die Ereignisse zu erreichen. Dabei wurden ausdrücklich auch diejenigen zur Teilnahme an der Umfrage eingeladen, die selbst nicht aktiv an einer der Demonstrationen teilgenommen hatten.

## 2 Methodik

Der verwendete Fragebogen wurde als Online-Studie programmiert und vom Nachmittag des 15.11. bis zum Abend des 22.11.2019 zur Teilnahme für Freiwillige geöffnet. Veröffentlicht wurde der Link zur Studienteilnahme über die Print-Ausgaben sowie die Facebook-Präsenzen der *Neuen Westfälischen* und des *Westfalen-Blatts*, verbreitet im Anschluss durch die jeweilige Leser\*innenschaft bzw. Follower\*innen, sodass die Studie weitgehend unabhängig von der Forschungsgruppe beworben wurde. Zudem wurde in den Radioprogrammen des *Westdeutschen Rundfunks* und des Campusradios *Hertz 87.9* auf die Umfrage hingewiesen.

Der Fragebogen umfasste hauptsächlich geschlossene Antwortformate, bei denen die Befragten den Grad ihrer Zustimmung oder Ablehnung von spezifischen Aussagen angeben konnten. Dabei wurden Aspekte, zu denen schon im vergangenen Jahr gefragt wurde, in identischem Wortlaut abgefragt. Es wurde bewusst eine Antwortskala mit Mittelkategorie (von 1 bis 5) verwendet, um Teilnehmenden die Option einer neutralen Antwort zu geben. Aufgrund der verwendeten 5-stufigen Skala können Antworten kleiner 3 als „links“, Antworten größer 3 als „rechts“ der Skalenmitte verstanden werden. Relevante Kennwerte, etwa zur Überprüfung statistisch signifikanter Zusammenhänge, werden im Bericht zugunsten der Lesbarkeit als Fußnoten berichtet. Um Einschränkungen geschlossener Antwortformate zumindest teilweise zu umgehen, wurden den Befragten im Verlauf der Studie auch Fragen gestellt, auf die sie offen antworten konnten. Zudem hatten sie am Ende der Umfrage die Möglichkeit, in einem offenen Feld alle für sie relevanten persönlichen Erfahrungen und Meinungen zu berichten, die von den geschlossenen Fragen nicht ausreichend abgebildet wurden. Die hier gemachten Angaben wurden systematisch qualitativ ausgewertet und werden im Bericht separat berichtet. Die Teilnahme an der Umfrage erfolgte freiwillig und anonym und den Befragten stand jederzeit frei, die Umfrage zu beenden oder einzelne Fragen unbeantwortet zu lassen.

Der Bericht umfasst die Angabe von sowohl Prozent- als auch Mittelwerten und Standardabweichungen. Prozentangaben beziehen sich dabei darauf, welcher Anteil der Befragten die jeweilige Antwortoption wählte. Dass sich diese Prozentangaben innerhalb einer Fragestellung nicht immer auf 100 Prozent aufsummieren lassen, ist auf verweigerte Antworten bei einzelnen Fragen zurückzuführen. Mittelwerte ( $M$ ) beschreiben das arithmetische Mittel, also den Durchschnitt aller Antworten der jeweiligen Gruppe. Standardabweichungen ( $SD$ ) sind ein Maß für die Breite der Verteilung aller Antworten um den zugehörigen Mittelwert.



### 3 Stichprobe

Die 1.025 Befragten benötigten im Durchschnitt 10 Minuten und 48 Sekunden, um den Fragebogen auszufüllen. Von den Befragten gaben 841 an, an mindestens einer der Gegendemonstrationen am 9. November 2019 teilgenommen zu haben. Für eine leichtere Lesbarkeit beziehen wir uns auf diese Gruppe nachfolgend als die *Teilnehmenden*, auf denen der Fokus des vorliegenden Berichts liegt. Von diesen 841 Befragten gaben 562 an, auch an den Gegendemonstrationen am 10. November 2018 teilgenommen zu haben. Die übrigen 184 Befragten verneinten, an einer der Gegendemonstrationen 2019 teilgenommen zu haben, 47 von ihnen gaben jedoch an, Teil der Gegendemonstrationen 2018 gewesen zu sein. Bis auf wenige Ausnahmen war der Fragebogen für diese Befragten dennoch identisch und der Bericht bezieht sich an entsprechenden Stellen auf die Gruppe der *Nicht-Teilnehmenden*, um Vergleiche anzustellen, z. B. hinsichtlich der Wahrnehmung der verschiedenen Akteure und des Demonstrationsgeschehens.

Das Durchschnittsalter der Gesamtstichprobe lag bei  $M = 42,7$  ( $SD = 14,6$ ) Jahren. Zwischen *Teilnehmenden* und *Nicht-Teilnehmenden* zeigt sich dabei kein signifikanter Unterschied<sup>1</sup>. In Bezug auf ihr Geschlecht (offen erfragt und nachträglich codiert) geben in der Gesamtstichprobe 55,6 % der Befragten ein „weibliches“, 43,2 % der Befragten ein „männliches“ Geschlecht an, 1,3 % „anderes“. Im Vergleich zeigt sich ein höherer Anteil von weiblichen Befragten unter den *Teilnehmenden* (56,8 %) als unter den *Nicht-Teilnehmenden* (47,3 %). In Bezug auf vergangene Teilnahmen an Demonstrationen (über die Gegendemonstrationen anlässlich der beiden rechten Aufmärsche in Bielefeld hinaus) gaben 362 (35,3 %) der Befragten an, in den vergangenen 12 Monaten an keiner weiteren Demonstration teilgenommen zu haben. Im Durchschnitt wurde ein Mittelwert von  $M = 2,54$  ( $SD = 1,48$ ), also zwischen „einer“ und „zwei“ Demonstrationen im letzten Jahr berichtet. Die *Teilnehmenden* unterscheiden sich hierbei von den *Nicht-Teilnehmenden*: Sie berichteten im Durchschnitt signifikant mehr Teilnahmen an Demonstrationen in den vergangenen 12 Monaten ( $M = 2,71$ ,  $SD = 1,49$ ) als die *Nicht-Teilnehmenden* ( $M = 1,76$ ,  $SD = 1,1$ )<sup>2</sup>. In Bezug auf ihre politische Orientierung verortet die Gesamtstichprobe sich links der Skalenmitte ( $M = 2,13$ ,  $SD = 0,64$ ), wobei die *Teilnehmenden* sich klarer politisch links verorten ( $M = 2,03$ ,  $SD = 0,55$ ) als die *Nicht-Teilnehmenden* ( $M = 2,57$ ,  $SD = 0,82$ )<sup>3</sup>.

<sup>1</sup>  $t(1015) = -,395$ ,  $p = ,69$ .

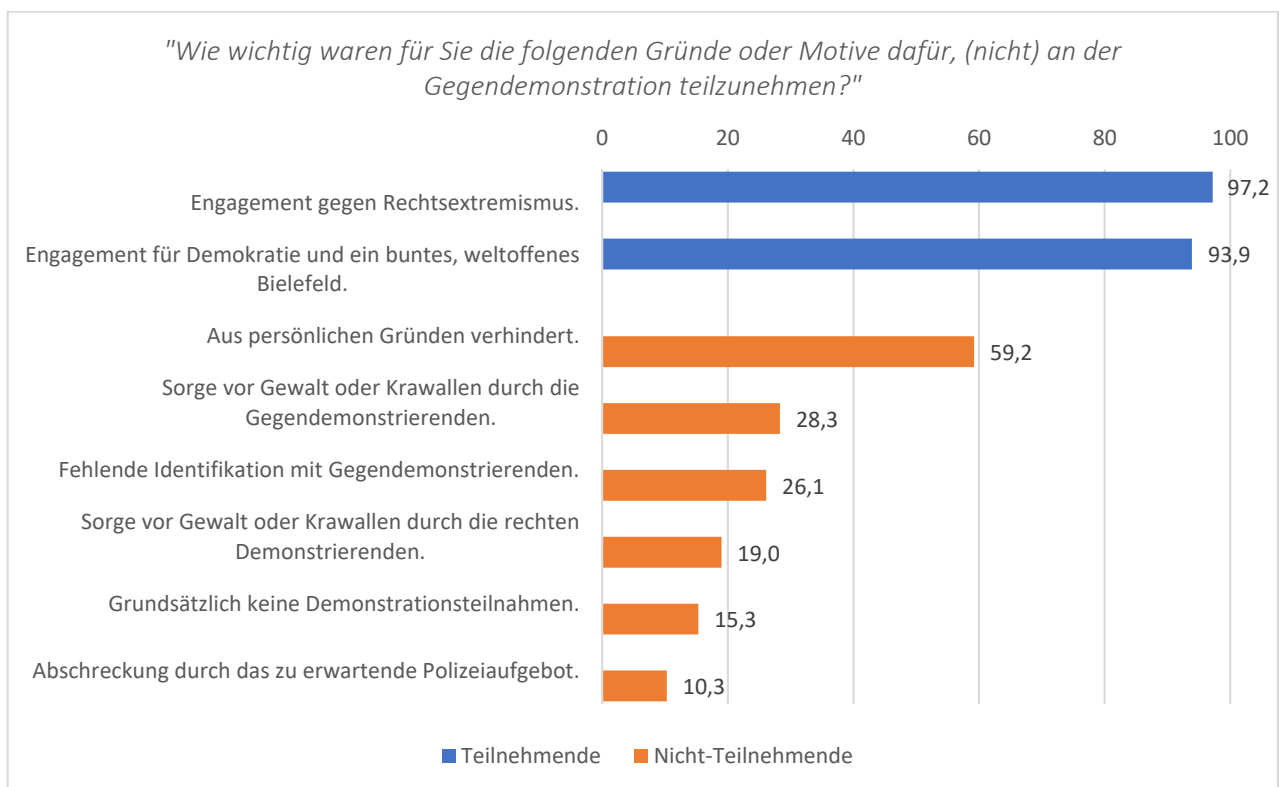
<sup>2</sup>  $t(1023) = 8,17$ ,  $p < ,001$ ; Skala von 1 = „keine“ bis 5 = „4 oder mehr Demonstrationen in den letzten 12 Monaten“.

<sup>3</sup> Die Skala reichte von 1 = „sehr links“ bis 5 = „sehr rechts“.

## 4 Wahrnehmungen und Einstellungen der Befragten

### a. Gründe für die (Nicht)Teilnahme

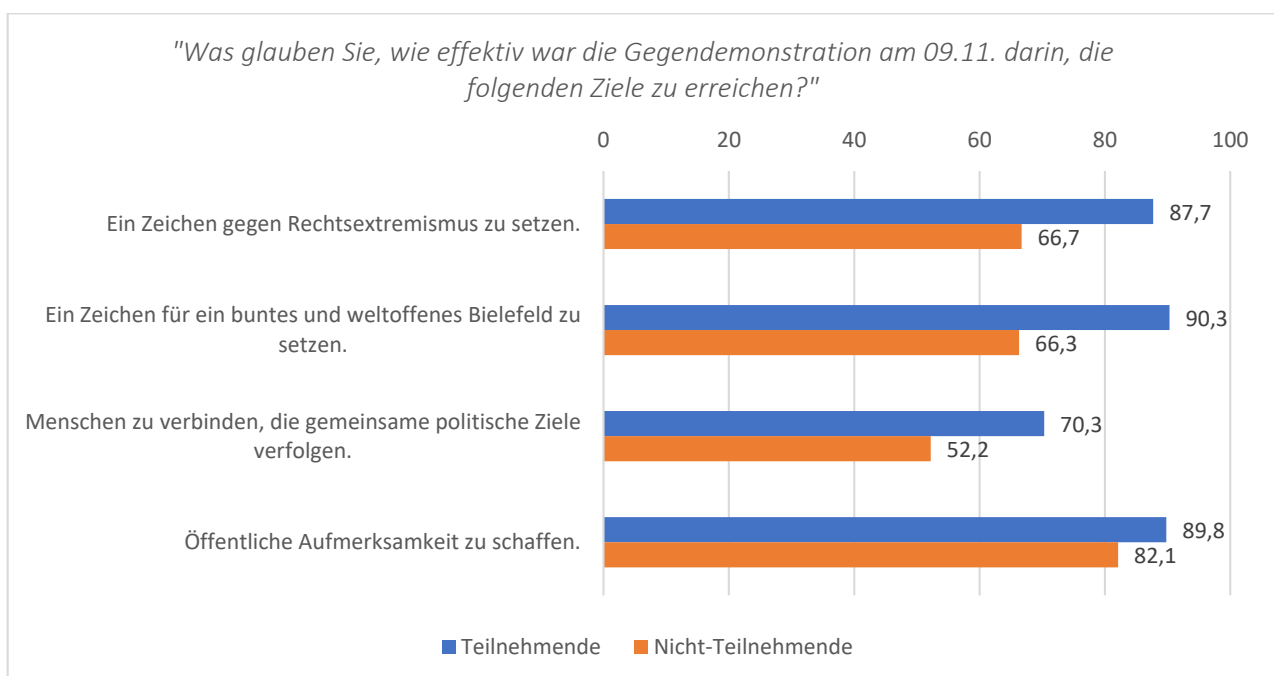
Die Befragten wurden zunächst gebeten, verschiedene Gründe für ihre Teilnahme bzw. Nicht-Teilnahme an den Demonstrationen nach deren Wichtigkeit einzustufen. Hierbei wurde die Möglichkeit, sich „gegen Rechtsextremismus“ zu engagieren, von fast allen Teilnehmenden (97,2 %) als „eher wichtiger“ oder „sehr wichtiger“ Grund angegeben. Dieser Grund war damit der vorrangige neben der Möglichkeit, sich „für Demokratie und ein buntes und weltoffenes Bielefeld“ zu engagieren (93,9 %). Nicht-Teilnehmende berichten in erster Linie, sie seien aus persönlichen Gründen verhindert gewesen (59,2 %), verneinen also nicht grundsätzlich ihr Interesse an den Demonstrationen teilzunehmen. 28,3 % der Nicht-Teilnehmenden gaben die Sorge vor Gewalt oder Krawallen durch die Gegendemonstrierenden als „eher wichtigen“ oder „sehr wichtigen“ Grund an, 26,1 % berichteten, sie hätten sich nicht mit den Teilnehmenden der Gegendemonstration identifizieren können.



Angegeben ist der jeweilige prozentuale Anteil von Teilnehmenden bzw. Nicht-Teilnehmenden, die den genannten Grund als „eher wichtig“ oder „sehr wichtig“ für die Entscheidung für bzw. gegen ihre Teilnahme an den Gegendemonstrationen nannten.

### b. Wahrgenommene Wirkung der Gegendemonstration

Teilnehmende wie Nicht-Teilnehmende gaben außerdem an, als wie effektiv sie die Gegendemonstrationen darin einschätzen, verschiedene Ziele zu erreichen. Die Teilnehmenden an den Gegendemonstrationen beurteilten die Demonstration recht einstimmig als „eher effektiv“ oder „sehr effektiv“ in allen angeführten Zielen, insbesondere darin, „ein Zeichen für ein buntes und weltoffenes Bielefeld zu setzen“ (90,3 %) und „öffentliche Aufmerksamkeit zu schaffen“ (89,8 %). Die Nicht-Teilnehmenden schätzten die Gegendemonstrationen in Bezug auf die genannten Ziele als grundlegend weniger, in der Tendenz aber ebenfalls effektiv ein, insbesondere bezüglich des Schaffens öffentlicher Aufmerksamkeit (82,1 %) und der symbolischen Wirkung der Demonstrationen.



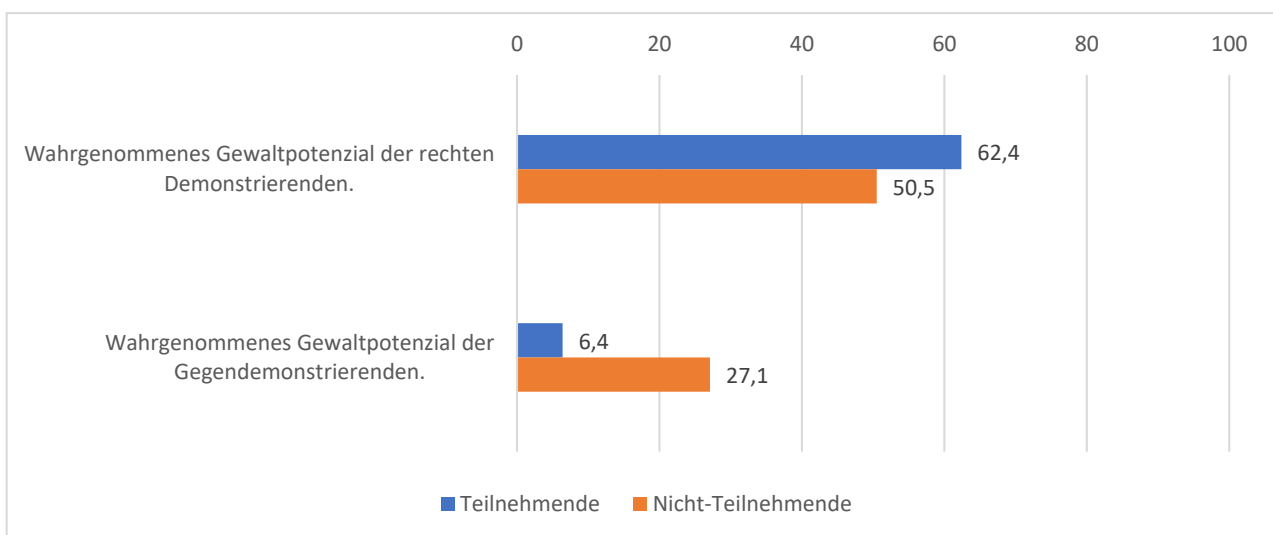
Angegeben ist der jeweilige prozentuale Anteil von Teilnehmenden bzw. Nicht-Teilnehmenden, die die Gegendemonstrationen als „eher“ oder „sehr effektiv“ für das Erreichen des jeweiligen Ziels einschätzten.

### c. Wahrnehmung der beteiligten Akteursgruppen

Einen Schwerpunkt der Befragung stellten Fragen danach dar, wie die drei Akteursgruppen wahrgenommen wurden, die maßgeblich an den Demonstrationen am 9. November beteiligt waren: Die Teilnehmenden an der rechten Demonstration, die Teilnehmenden an den Gegendemonstrationen und die Polizei.

### I. Wahrnehmung des Gewaltpotenzials von rechten Demonstrierenden und Gegendemonstrierenden

Die Teilnehmenden an der rechten Demonstration wurden von den Teilnehmenden als deutlich gewaltbereiter eingeschätzt als die Gegendemonstrierenden. Die Wahrnehmung eines hohen Gewaltpotenzials unter den rechten Demonstrierenden teilten 62,1 % der Gegendemonstrierenden „eher“ oder „voll und ganz“, während die Gegendemonstrationen von 6,4 % als „eher“ oder „voll und ganz“ gewaltbereit eingeschätzt werden. Für die Nicht-Teilnehmenden zeigt sich dieser Unterschied in der Tendenz, aber weniger deutlich ausgeprägt. Auch sie schätzten das Gewaltpotenzial der rechten Demonstrierenden als höher ein (50,5 %). Rund ein Viertel (27,1 %) derer, die nicht vor Ort waren, schrieb aber auch den Gegendemonstrierenden „eher“ oder „voll und ganz“ ein hohes Gewaltpotenzial zu.



Angegeben ist der jeweilige prozentuale Anteil von Teilnehmenden bzw. Nicht-Teilnehmenden, die der jeweiligen Gruppe „eher“ oder „voll und ganz“ ein hohes Gewaltpotenzial zuschrieben.

### II. Wahrnehmung des Polizeieinsatzes

Die Anzahl eingesetzter Polizeibeamt\*innen empfanden die Teilnehmenden als deutlich zu hoch. Auf einer Skala von 1 „viel zu wenige Beamte“ bis 5 „viel zu viele Beamte“ lag die mittlere Antwort der 841 Teilnehmenden bei  $M = 3,77$  ( $SD = 0,83$ ). Dass „viel zu viele Beamte“ eingesetzt waren, fanden 23,1 % der befragten Teilnehmenden. Die verwendete Ausrüstung wurde mit  $M = 4,13$  ( $SD = 0,87$ ; Skala von 1 „viel zu wenig Ausrüstung“ bis 5 „viel zu viel Ausrüstung“) noch deutlicher als unangemessen bewertet. Hier wählten 42,6 % der Teilnehmenden die höchste Antwortmöglichkeit „viel zu viel Ausrüstung“. Diejenigen, die selbst nicht vor Ort waren, schätzten den Polizeieinsatz, gemessen an der Anzahl der Beamt\*innen und der verwendeten Ausrüstung, weniger kritisch ein, empfanden in der Tendenz aber auch insbesondere die aufgefahrene Ausrüstung als „eher“ oder „viel zu viel“.

„Als wie angemessen haben Sie die Anzahl der eingesetzten Polizeibeamt\*innen empfunden?“

	viel zu wenige Beamte			viel zu viele Beamte		
Teilnehmende	0,5 %	1,0 %	42,7 %	32,8 %	23,1 %	
Nicht- Teilnehmende	5,4 %	3,8 %	64,7 %	15,8 %	10,3 %	

„Als wie angemessen haben Sie die verwendete Ausrüstung der Polizei  
(z. B. Wasserwerfer, Reiterstaffeln) empfunden?“

	viel zu wenig Ausrüstung			viel zu viel Ausrüstung		
Teilnehmende	0,2 %	1,9 %	25,4 %	29,8 %	42,6 %	
Nicht- Teilnehmende	4,9 %	9,8 %	47,8 %	20,7 %	16,8 %	

Der Wortlaut dieser Frage wurde in der aktuellen Umfrage im Vergleich zum Vorjahr leicht abgeändert. Da keine „Räumfahrzeuge“ zum Einsatz kamen, wurden diese aus den Nennungen der Beispiele gestrichen.

Viele Teilnehmende haben die Polizei am 9. November nicht als neutral erlebt: Auf die Frage „Haben Sie den Eindruck, dass die Polizei während der Demonstration neutral war oder auf einer Seite stand?“ lag die durchschnittliche Antwort von Teilnehmenden bei  $M = 3,36$  ( $SD = 0,76$ ). Etwa ein Drittel der Teilnehmenden fand, dass die Polizei „eher“ (27,9 %) oder „eindeutig aufseiten der rechten Demonstrierenden“ stand (8,1 %). Insgesamt 55,9 % der befragten Teilnehmenden schätzten die Polizei als „neutral“ ein. Bei den Nicht-Teilnehmenden fand sich hier keine klare Tendenz, der Großteil von ihnen schätzte die Polizei als neutral und weder klar aufseiten der Gegendemonstrierenden noch der rechten Demonstration stehend ein.

„Haben Sie den Eindruck, dass die Polizei während der Demonstration neutral  
war oder auf einer Seite stand?“

	eindeutig aufseiten der Gegendemonstranten		neutral	eindeutig aufseiten der rechten Demonstration	
Teilnehmende	0,5 %	7,6 %	55,9 %	27,9 %	8,1 %
Nicht- Teilnehmende	4,3 %	10,9 %	71,2 %	11,4 %	2,2 %

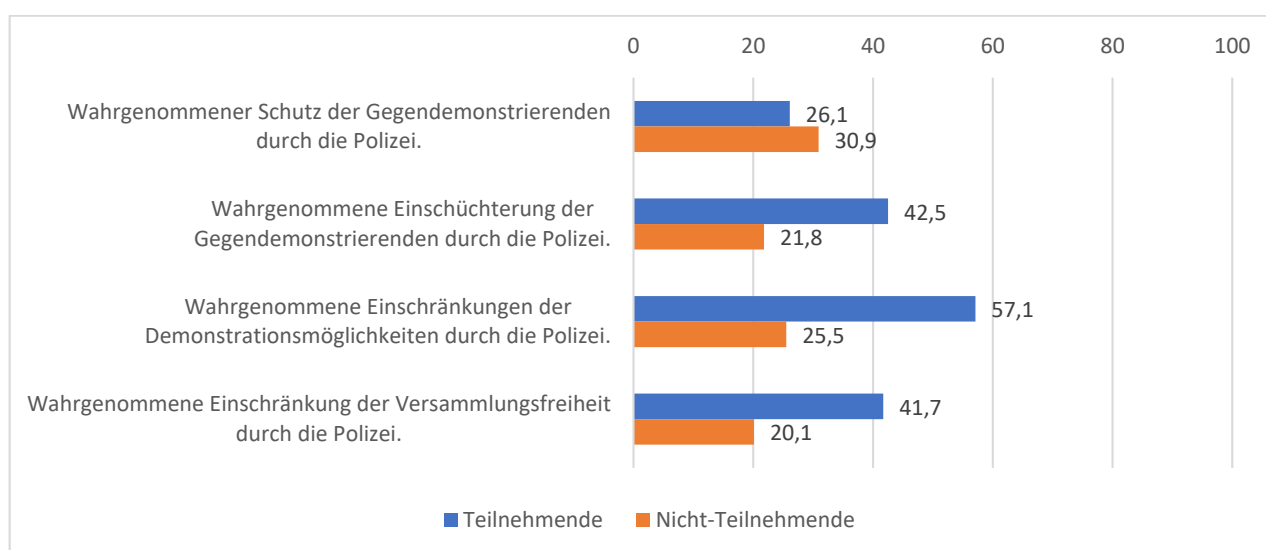
Schließlich wurden die Teilnehmer\*innen in der Umfrage gefragt, ob die Ereignisse des 9. Novembers rückblickend einen Einfluss auf ihr Vertrauen in die Polizei haben. Die Teilnehmenden berichteten in der Tendenz, dass ihr Vertrauen in die Polizei sich durch den 9. November verringert hat – 22,7 % gaben ein

„eher“ oder „stark verringertes“ Vertrauen in die Polizei an. Hierbei zeigte sich ein systematischer Zusammenhang zwischen Neutralität und Vertrauensverlust: Diejenigen Befragten, die die Polizei als weniger neutral, sondern vielmehr aufseiten der rechten Demonstrierenden erlebt haben, berichteten einen größeren Verlust von Vertrauen<sup>4</sup>. Unter den Nicht-Teilnehmenden zeigte sich keine klare Tendenz in Bezug auf verlorenes oder gewonnenes Vertrauen in die Polizei. Der Großteil von ihnen (78,8 %) gab an, ihr Vertrauen in die Polizei sei unverändert.

„Durch die Ereignisse rund um den 09.11. hat sich mein Vertrauen in die Polizei...“

	stark verringert		nicht verändert		stark erhöht
Teilnehmende	7,1 %	15,6 %	70,7 %	5,2 %	1,3 %
Nicht- Teilnehmende	1,1 %	7,6 %	78,8 %	7,1 %	5,4 %

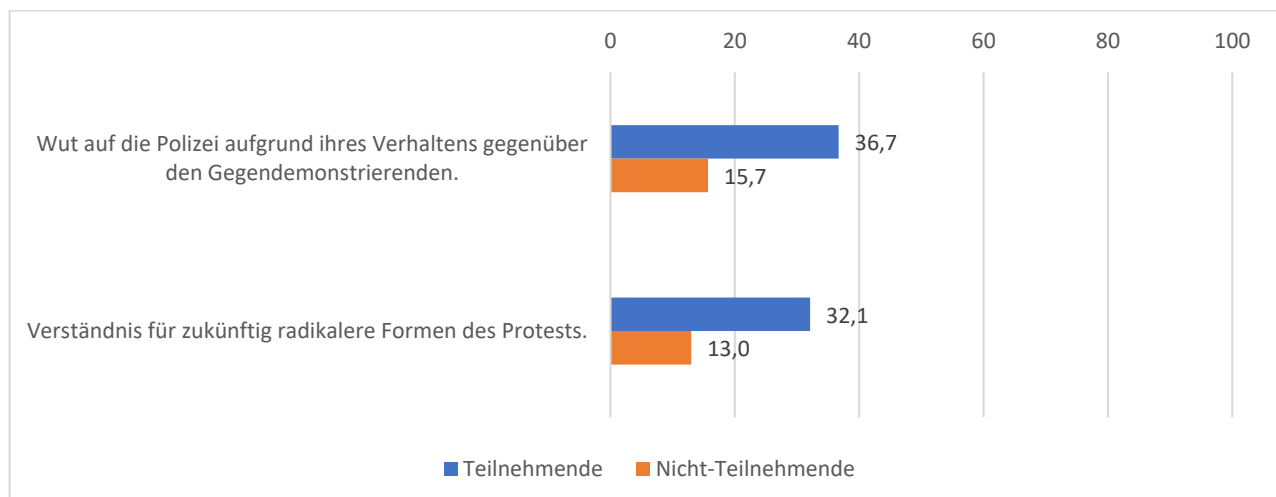
Insgesamt haben die Teilnehmenden sich durch das Auftreten der Polizei weniger beschützt ( $M = 2,68$ ,  $SD = 1,23$ ) als vielmehr eingeschüchtert gefühlt ( $M = 2,97$ ,  $SD = 1,33$ ). Unter den Teilnehmenden gaben 46,5 % an, sich „überhaupt nicht“ oder „eher nicht“ beschützt gefühlt zu haben. Vorrangig Einschüchterung durch die Polizei berichteten 42,5 % („eher“ oder „voll und ganz“). Teilnehmende der Gegendemonstrationen erlebten sich durch die Polizei zudem eingeschränkt: 57,1 % gaben an, sich durch die Polizei „eher“ oder „voll und ganz“ in ihren Möglichkeiten, zu demonstrieren, eingeschränkt gefühlt zu haben. In ihrer Versammlungsfreiheit „eher“ oder „voll und ganz“ eingeschränkt fühlten sich 41,7 % der Teilnehmenden ( $M = 3,35$ ,  $SD = 1,46$ ). Diejenigen, die selbst nicht an den Gegendemonstrationen teilgenommen haben, stimmten diesen, auf das Demonstrationserleben bezogenen Aussagen, je weniger stark zu.



Angegeben ist der jeweilige prozentuale Anteil von Teilnehmenden bzw. Nicht-Teilnehmenden, die der jeweiligen Aussage „eher“ oder „voll und ganz“ zustimmten.

<sup>4</sup>  $r(841) = ,50$ ,  $p < ,001$ .

Abschließend wurden die Teilnehmer\*innen in Bezug auf ihre Demonstrationserfahrungen dazu befragt, inwiefern das Verhalten der Polizei am 9. November sie wütend gemacht hat und wie viel Verständnis sie für Menschen haben, die sich zukünftig für radikalere Formen des Demonstrierens entscheiden. Hier berichtete je etwa ein Drittel der Teilnehmenden sowohl Wut darüber, wie die Polizei sich den Gegendemonstrierenden gegenüber verhalten hat (36,7 %) als auch Verständnis dafür, dass Menschen in Zukunft zu radikaleren Formen des Protests greifen (32,1 %). Erwähnenswert scheint hier, dass dieses Verständnis für radikalere Protestformen mit einer Reihe von Wahrnehmungen der Polizei während des Demonstrationsgeschehens zusammenhing. Mehr Verständnis für radikaleren Protest berichteten diejenigen Teilnehmenden, die die Polizei als nicht neutral, sondern aufseiten der rechten Demonstrierenden erlebt haben<sup>5</sup>, die angeben, mehr an Vertrauen in die Polizei verloren zu haben<sup>6</sup>, die sich durch das Auftreten der Polizei stärker eingeschüchtert gefühlt<sup>7</sup> und sich in ihren Möglichkeiten zu demonstrieren<sup>8</sup> und in ihrer Versammlungsfreiheit eingeschränkt gefühlt haben<sup>9</sup>.



Angegeben ist der jeweilige prozentuale Anteil von Teilnehmenden bzw. Nicht-Teilnehmenden, die der jeweiligen Aussage „eher“ oder „voll und ganz“ zustimmten.

#### d. Der 9. November als Tag des Gedenkens und das Urteil des Mindener Verwaltungsgerichts

Im Anschluss an die Befragung zu ihrer eigenen Teilnahme (bzw. Nicht-Teilnahme) und zur Wahrnehmung der an den Ereignissen beteiligten Gruppen wurden die Studienteilnehmer\*innen zu ihrem persönlichen Bezug zum Datum des 9. Novembers, zum wahrgenommenen Zusammenhang zwischen diesem Gedenktag und der Tatsache sowie dem Thema des rechten Aufmarsches und zu ihrer Haltung dem Urteil des Mindener

<sup>5</sup>  $r(840) = .48, p < ,001$ .

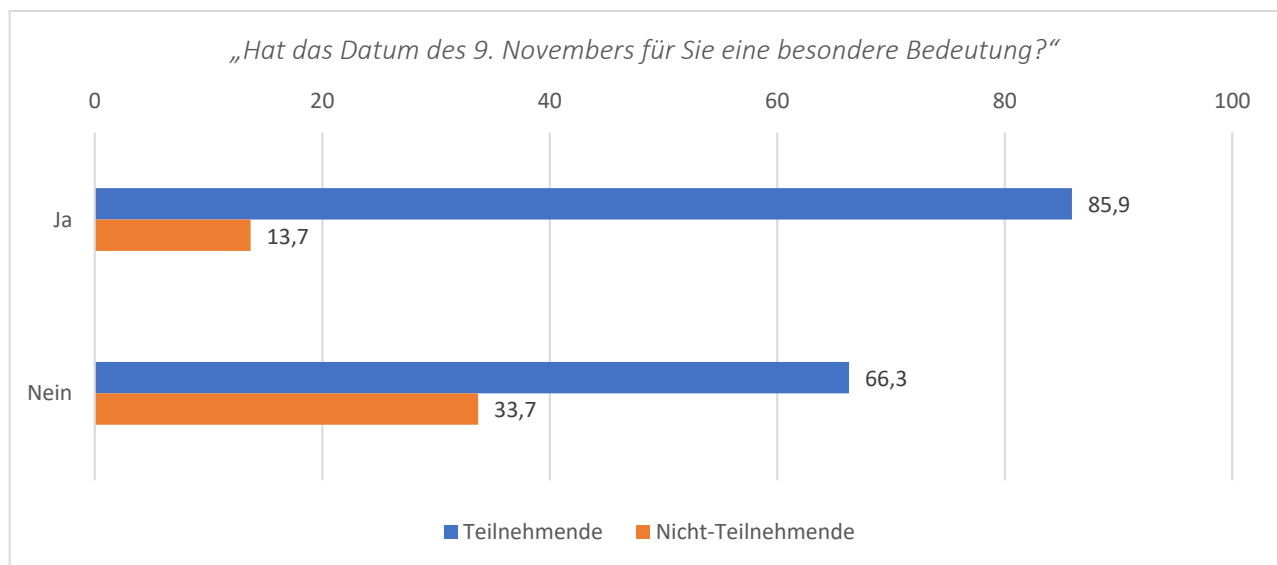
<sup>6</sup>  $r(840) = .46, p < ,001$ .

<sup>7</sup>  $r(839) = .53, p < ,001$ .

<sup>8</sup>  $r(840) = .57, p < ,001$ .

<sup>9</sup>  $r(839) = .57, p < ,001$ .

VG gegenüber befragt, die von der Bielefelder Polizei erteilte Verbotsverfügung aufzuheben. Um sicherzustellen, dass alle Befragten über das notwendige Kontextwissen zur Beantwortung der Fragen verfügen, wurden diesen kurze Info-Texte vorangestellt. Zunächst wurden die Studienteilnehmer\*innen jedoch offen gefragt, ob das Datum des 9. Novembers für sie eine besondere Bedeutung hat und, falls ja, was sie mit diesem Tag verbinden. Diese Frage bejahte ein großer Teil der Teilnehmenden (86,3 %), aber auch zwei Drittel der Nicht-Teilnehmenden (66,3 %) berichteten, der 9. November sei für sie ein Tag von besonderer Bedeutung.



Angegeben ist der jeweilige prozentuale Anteil von Teilnehmenden bzw. Nicht-Teilnehmenden, die die Frage bejahten bzw. verneinten.

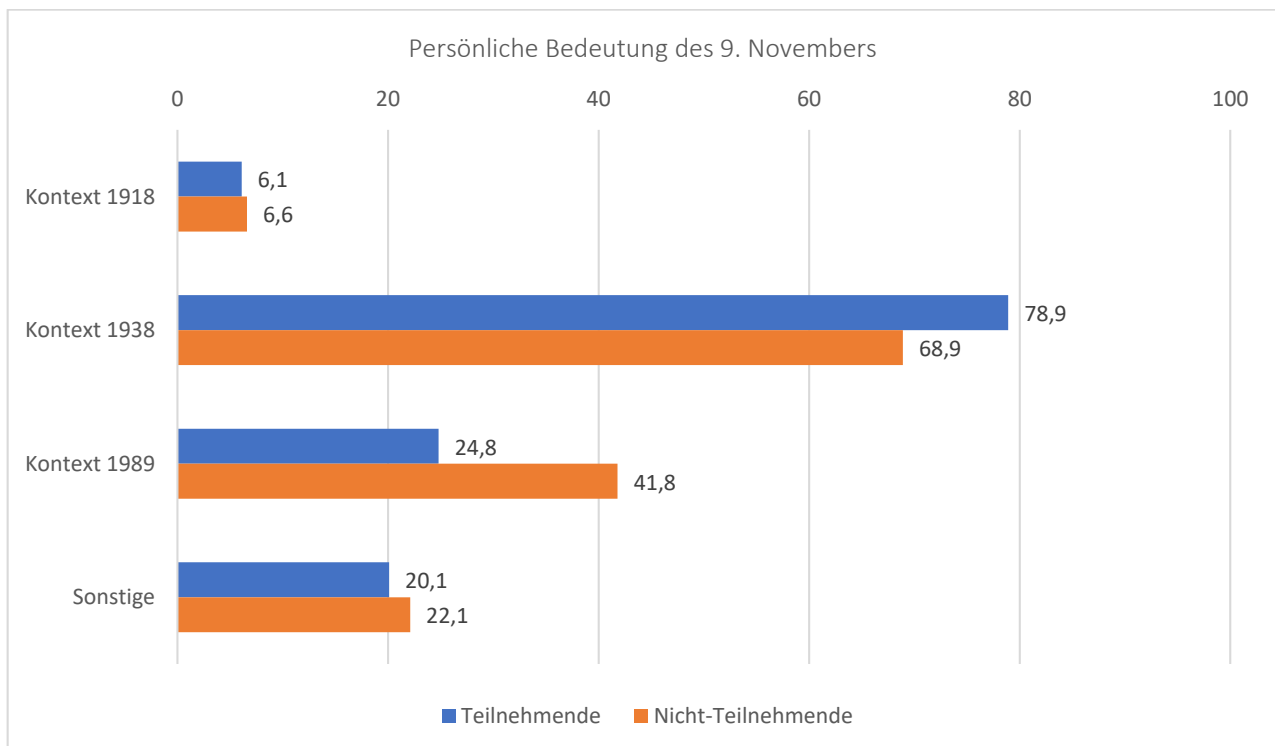
Diejenigen, die die vorherige Frage bejahten, für die der 9. November also eine besondere Bedeutung hat, wurden im Anschluss gebeten, offen anzugeben, was sie mit diesem Tag verbinden. Zu diesem Zeitpunkt waren die Befragten in der Umfrage noch nicht darüber informiert worden, dass der 9. November ein offizieller Gedenktag zur Erinnerung an den Beginn der Novemberpogrome 1938 und die Opfer des Nationalsozialismus ist. Die nachfolgenden offenen Antworten spiegeln demnach den Wissensstand der Befragten zum Zeitpunkt ihrer Umfrageteilnahme wider. Die offenen Angaben wurden nachträglich codiert und systematisch ausgewertet. Codiert wurden die Antworten der Befragten entsprechend der historischen Bedeutung des 9. Novembers, an dem neben der Novemberpogrome 1938 unter anderem der Novemberrevolution 1918 sowie des Mauerfalls bzw. der Öffnung der deutsch-deutschen Grenzen gedacht wird. Antworten, die zu keinem dieser drei Kontexte Bezug nehmen, wurden in einer vierten Kategorie „Sonstige“ codiert.

Unter der Kategorie „Kontext 1918“ wurden offene Nennungen wie „Novemberrevolution“, „1918“ und „Ausrufung der Republik“ subsummiert. Die Kategorie „Kontext 1938“ umfasst Nennungen wie „Gedenken



an die Reichspogromnacht“, „Beginn des Holocaust“ und „Gedenken an die Opfer des Holocaust“. Die Kategorie „Kontext 1989“ umfasst Nennungen wie „1989“, „Mauerfall“, „Wiedervereinigung“ und „Maueröffnung“. Unter die Kategorie „Sonstige“ schließlich fallen verschiedenste Nennungen, wobei viele Befragte hier, auch ohne konkreten Bezug zu einem der zeitlichen Kontexte, Bezug zum 9. November als historisch bedeutsamem Tag und Tag des Gedenkens nahmen. In diese Kategorie fallen Nennungen wie „Gedenktag“, „Erinnerung, Respekt, Verantwortung für die Zukunft“, „Ein Tag der Mahnung und des Gedenkens“ oder „Die deutsche Geschichte“.

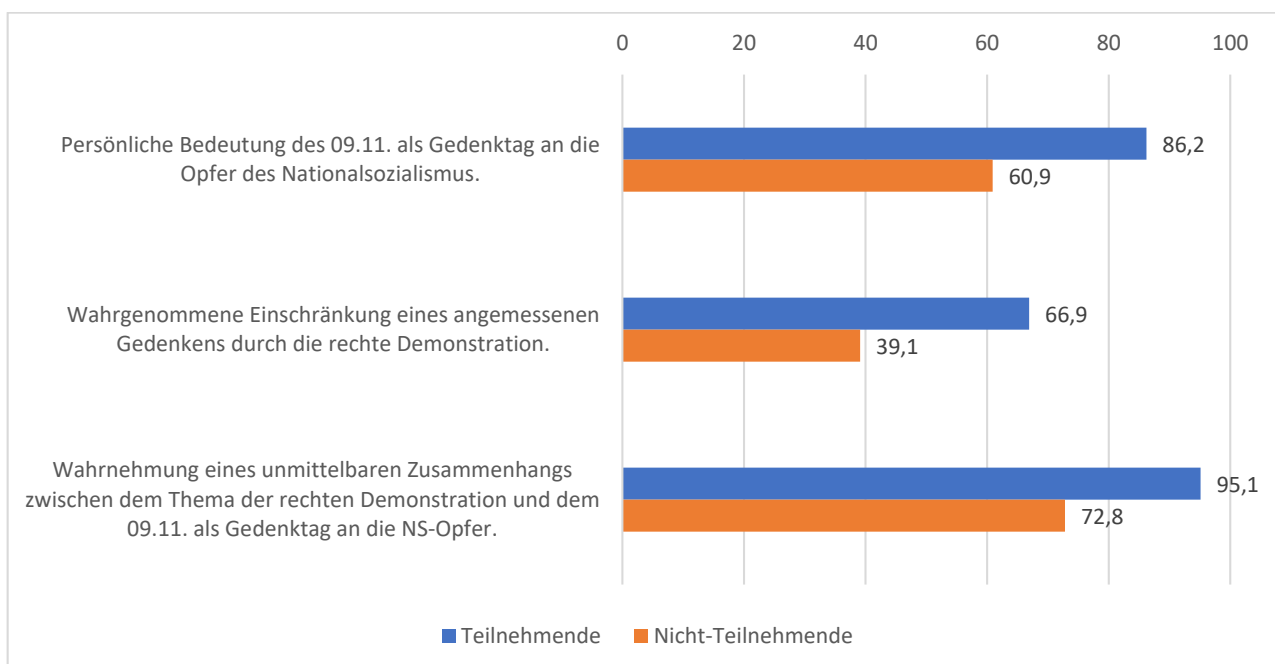
Die Auswertung der offenen Antwort zeigt, dass das Datum des 9. Novembers für einen großen Teil der Befragten mit wichtigen historischen Ereignissen in Deutschland und dem Gedenken an diese verbunden ist. Für die Teilnehmenden, die eine Angabe gemacht haben, ist das Datum insbesondere mit dem Jahr 1938, dem Gedenken an den Beginn der Novemberpogrome und die Opfer des Nationalsozialismus (78,9 %) verknüpft. Aber auch über zwei Drittel (68,9 %) der Nicht-Teilnehmenden nannten konkrete Zusammenhänge mit dem Jahr 1938. In beiden Fällen berichten Befragte diesen inhaltlichen Zusammenhang, ohne dass im Rahmen der Umfrage zuvor explizit auf diesen hingewiesen wurde.



Angegeben ist der jeweilige prozentuale Anteil derjenigen, die zuvor angaben, das Datum des 9. Novembers habe für sie eine besondere Bedeutung. Da die Befragten hier die Möglichkeit hatten, mehr als eine Antwort zu geben, summieren die Antworten sich zu über 100 Prozentpunkten auf.

Im Anschluss an diese offenen Fragen wurden die Teilnehmer\*innen per Info-Text darüber informiert, dass am 9. November einer Reihe historischer Ereignisse in Deutschland gedacht wird, darunter des Beginns der Novemberpogrome von 1938, die als Auftakt der systematischen Ermordung der europäischen Juden durch die Nationalsozialisten gelten. So wurde sichergestellt, dass alle Befragte über das nötige Kontextwissen zur Beantwortung der nachfolgenden Fragen verfügen.

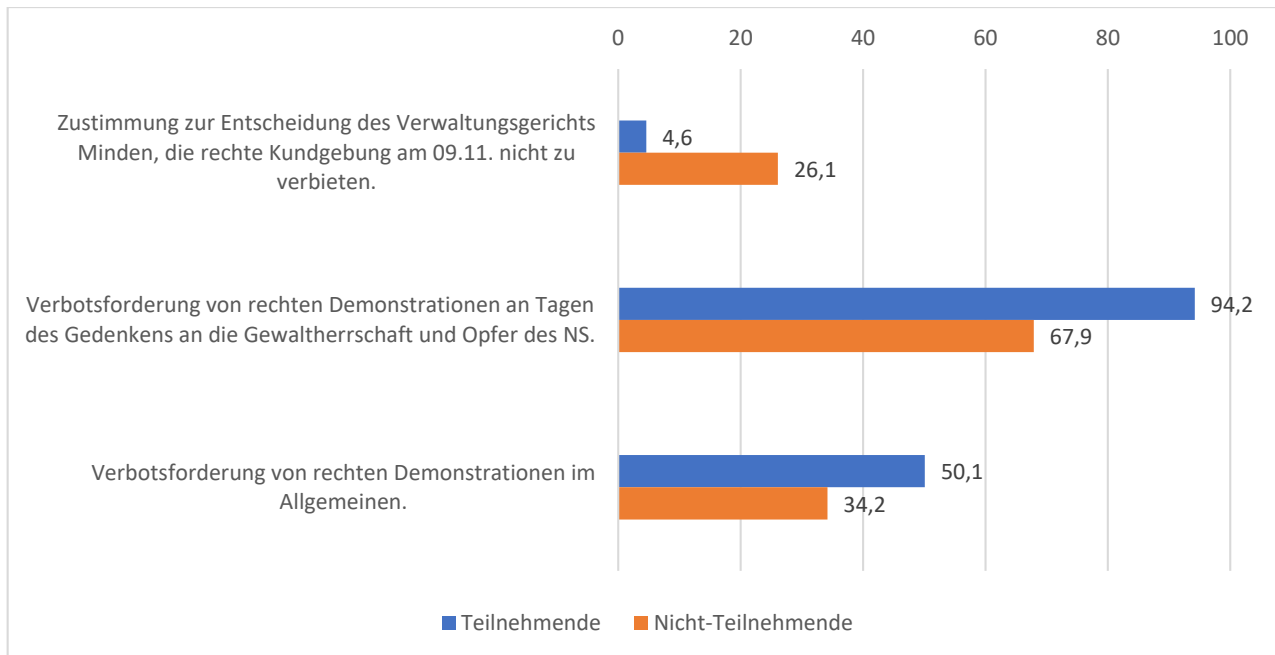
Direkt nach der persönlichen Bedeutung des 9. Novembers als Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus gefragt, stimmten 86,4 % der Teilnehmenden und 60,9 % der Nicht-Teilnehmenden der Aussage „eher“ oder „voll und ganz“ zu, dass es ihnen wichtig sei, an diesem Tag der NS-Opfer zu gedenken. Rund zwei Drittel (67,0 %) der Teilnehmenden berichteten, sie hätten sich durch den rechten Aufmarsch am 9. November in ihrer Möglichkeit eines angemessenen Gedenkens eingeschränkt gefühlt. Fast einstimmig mit 95,1 % stimmten die Teilnehmenden der Aussage zu, dass sie einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem Thema der rechten Demonstration und dem 9. November als Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus sehen. Diesen Eindruck teilten auch deutlich über zwei Drittel (72,8 %) der Nicht-Teilnehmenden.



Angegeben ist der jeweilige prozentuale Anteil von Teilnehmenden bzw. Nicht-Teilnehmenden, die der jeweiligen Aussage „eher“ oder „voll und ganz“ zustimmten.

Die Befragten wurden anschließend wiederum per Info-Text darüber informiert, dass die Kundgebung der Partei „Die Rechte“ am 9. November zunächst durch die Bielefelder Polizei untersagt, diese Verbotserfügung durch das Mindener VG jedoch aufgehoben worden war. Die offizielle Pressemitteilung des Mindener VG wurde in der Umfrage verlinkt, sodass die Befragten sich eigenständig über das Urteil und

die Urteilsbegründung informieren konnten. Der Aussage, es sei die richtige Entscheidung des VG Minden gewesen, die rechte Kundgebung am 9. November nicht zu verbieten, stimmten 4,6 % der Teilnehmenden „eher“ oder „voll und ganz“ zu. Fast einstimmig (94,2 %) stimmten die Teilnehmenden der Aussage zu, man sollte rechte Demonstrationen an Tagen des Gedenkens an die Gewaltherrschaft und die Opfer des Nationalsozialismus generell verbieten, rund die Hälfte (50,1 %) sprach sich für ein generelles Verbot von rechten Demonstrationen aus.



Angegeben ist der jeweilige prozentuale Anteil von Teilnehmenden bzw. Nicht-Teilnehmenden, die der jeweiligen Aussage „eher“ oder „voll und ganz“ zustimmten.

Abschließend wurden die Teilnehmer\*innen gefragt, ob sie, sollte in naher Zukunft eine erneute Gegendemonstration wie die am 9. November stattfinden, erneut teilnehmen würden – 94,1 % der Teilnehmenden bejahten, dass sie „wahrscheinlich“ oder „auf jeden Fall“ wieder demonstrieren würden, sollte es erneut zu Gegenprotesten als Reaktion auf einen rechten Aufmarsch in Bielefeld kommen.

#### e. Auswertung offener Kommentare der Teilnehmenden

Neben geschlossenen Fragen hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, in einem offenen Antwortformat Gedanken und Erfahrungen rund um den 9. November 2019 zu schildern, die über die geschlossenen Fragen hinausgehen. Von allen Befragten haben 336 (32,8%) diese Möglichkeit genutzt und einen Kommentar im offenen Feld verfasst. 274 der Kommentare stammen von Personen, die an einer oder mehreren der Gegendemonstrationen teilgenommen haben, die übrigen 62 Personen haben nicht teilgenommen, aber dennoch einen Kommentar verfasst. Das offene Kommentarfeld wurde mit keiner spezifischen Frage, sondern der folgenden Instruktion eingeleitet, um keinen inhaltlichen Fokus vorzugeben:

*„Abschließend haben Sie hier die Möglichkeit, den Fragebogen zu kommentieren oder uns weitere Gedanken oder persönliche Erfahrungen rund um die Ereignisse am 09.11. in Bielefeld mitzuteilen.“*

Der Umfang der offenen Kommentare variiert stark. Der Schwerpunkt der Auswertung liegt auf den 274 offenen Kommentaren der Teilnehmenden.

#### Auswertungsmethodik

Grundlage für die Auswertung der offenen Kommentare ist ein halb-standardisiertes Vorgehen. Dafür wurde zunächst der mediale Diskurs um das Gerichtsurteil des VG Minden sowie um die Demonstrationen am 9. November selbst gesichtet, um daraus Kategorien, sogenannte Codes, für die Auswertung der offenen Kommentare ableiten zu können. Anschließend an dieses deduktive Verfahren wurden zusätzlich Codes aus dem Datenmaterial selbst (induktiv) abgeleitet, die weitgehend analog zu den Codes der letzten Umfrage gehalten wurden, um mögliche Vergleiche ziehen zu können. Das entscheidende Kriterium war dabei eine hinreichend häufige Nennung in den offenen Kommentaren. Das Codieren des Datenmaterials erfolgte nach gängigen Standards der qualitativen Datenauswertung und orientiert sich an der sogenannten Qualitativen Inhaltsanalyse. Entscheidend für das Zuordnen zu den einzelnen Code-Kategorien war der thematische Sinnabschnitt, d. h. es handelt sich bei den Codierungen um thematisch verschlagwortete Narrationen. Ein gesetzter Code kann dabei – in Abhängigkeit des thematischen Sinnabschnittes – z. B. nur einen Satz oder aber mehrere Zeilen umfassen, solange diese in einem thematischen Sinnzusammenhang stehen. Darüber hinaus ist es möglich, dass eine Codierung mehreren Code-Kategorien zugeordnet ist. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Dokumentstatistik.

## Dokumentstatistik zur Auswertung der Teilnehmenden-Kommentare

Anzahl verfasster offener Kommentare	274
Anzahl verwendeter Codes	9
Anzahl bei der Analyse gesetzter Codes	300
Durchschnittlich pro Kommentar gesetzte Codes	1,1

Darstellung und Auswertung der fünf am häufigsten genannten Codes

Wie im Jahr 2018 bildete die differenzierte Kritik des Polizeieinsatzes am 9. November 2019 einen inhaltlichen Fokus in den offenen Kommentaren der Teilnehmenden. Zudem legten Befragte in diesem Jahr aber auch einen Schwerpunkt auf die Bedeutung des 9. Novembers als Tag des Gedenkens, vor allem an die Opfer der Novemberpogrome 1938 und problematisierten das Urteil des Mindener VG. Die inhaltliche Darstellung der Codes erfolgt über Beispiele, die möglichst prototypisch für all diejenigen Narrationen stehen, die dem jeweiligen Code zugeordnet wurden. Für eine übersichtliche Darstellung werden nachfolgend lediglich die fünf am häufigsten genannten Codes ausdifferenziert dargestellt. Der nachfolgenden Tabelle sind die Häufigkeiten aller vergebenen Codes zu entnehmen.

Code	Anzahl an Codierungen
Kritik am Einsatz der Polizei	66
Bedeutung des 9. Novembers/Gedenken	46
Einschränkung der Bewegungsfreiheit	38
Kritik an der Entscheidung des VG Minden	31
Vergleich mit/Bezug zum letzten Jahr	31
Einschüchterung durch die Polizei	30
Lob gegenüber der Polizei	25
Kritik an der Streckenführung	23
Kritik am Fragebogen	10
<b>Gesamt</b>	<b>300</b>

„Kritik am Einsatz der Polizei“

Wie bereits im vergangenen Jahr bildet im Nachgang an die diesjährigen Demonstrationen eine Kritik am Einsatz der Polizei (66 Codierungen) den am häufigsten vergebenen Code in den offenen Antworten der Teilnehmenden. Dennoch lässt sich festhalten, dass der Fokus der offenen Kommentare in diesem Jahr insgesamt weniger stark auf der Polizei bzw. dem Polizeieinsatz lag als noch in der vergangenen Studie. Viele der offenen Kommentare im Kontext „Kritik am Einsatz der Polizei“ bezogen sich auf konkrete Erlebnisse oder Begebenheiten im Kontakt mit der Polizei, die als negativ wahrgenommen wurden. In vielen Fällen sind diese Kommentare relativ ausführlich, um die Situation genau zu beschreiben. Diese beiden Narrationen stehen beispielhaft für zahlreiche andere:

- *„Dagegen hat mir das [r]asche Heranfahen mehrerer Polizeibullis an der Mercantorstr Angst bereitet. Dort sprangen dann voll bewaffnete Polizisten zeitgleich aus den Bullis, checkten ihre Schlagstöcke und zogen mindestens einen Demonstranten aus der Gegendemonstration.“ (K\_11)*
- *„Ich habe eine Situation als sehr bedrohlich empfunden: Ich war mit weiteren tausenden Gegendemonstranten unter dem OWD vorm Novum ziemlich weit vorn, vor einer Polizeiabsperrung. Lange nachdem die Rechten vorbeigezogen waren, hielt uns die Polizei dort fest und richtete den Wasserwerfer auf uns.“ (K\_170)*

Analog zum letzten Jahr wird in den offenen Kommentaren zudem auch auf die Ausrüstung kritisiert, die am 9. November zum Einsatz kam. Dabei bezogen die Teilnehmenden sich in den meisten Fällen auf die Wasserwerfer und Pferdestaffeln, einige aber auch auf den eingesetzten Hubschrauber oder das Filmen durch die Polizei, wie die folgenden zwei Zitate exemplarisch verdeutlichen:

- *„Polizeihubschrauber, Pferdestaffeln, Wasserwerfer etc. sieht man in dem Ausmaß nicht mal bei Derbys“ (K\_119)*
- *„Beklemmend war das völlig unnötige Auffahren der Wasserwerfer, ihre Ausrichtung auf uns Demonstranten, die Reiterstaffel und das Filmen durch die Polizei.“ (K\_16)*

Ein weiterer Kritikpunkt, der im Vergleich zum letztjährigen Polizeieinsatz allerdings weniger häufig genannt wurde, ist die Anzahl der Polizeikräfte, wie z. B.:

- *„Die Polizisten waren einschüchternd und viel zu viele.“ (K\_18)*

Der Aspekt der wahrgenommenen Einschüchterung durch die Polizei, der in einem eigenen Code erfasst wurde, wurde in den meisten Fällen mit einer Kritik am Polizeieinsatz kombiniert, wie diese Passage exemplarisch verdeutlicht:

- *„Die Polizei hat einen der Wasserwerfer auf eine Menge von rund 3000 friedlichen Demonstrant\*innen gerichtet (darunter viele Kinder). Das war sehr angsteinflößend.“ (K\_73)*

Eine weitere von den Teilnehmenden geäußerte Kritik am Einsatz der Polizei am 9. November bezog sich auf das weiträumige Absperren des Innenstadtbereichs und die damit verbundenen Umwege und anderen wahrgenommenen Unannehmlichkeiten. Doch betonen einige Teilnehmende im direkten Vergleich mit dem letztjährigen Polizeieinsatz Verbesserungen, wie etwa dieses Zitat unterstreicht:

- *„Genau wie 2018 war die gesamte Bielefelder Innenstadt einen kompletten Samstag völlig lahmgelegt. Durch den Tunnel am Klosterplatz mussten nur noch Umwege von 2 km anstatt von 4 km (wie 2018) in Kauf genommen werden.“ (TN\_121)*

#### „Bedeutung des 9. Novembers/Gedenken“ und „Kritik an der Entscheidung des VG Minden“

Neben dem Polizeieinsatz wurde in den offenen Kommentaren ein zweiter inhaltlicher Schwerpunkt gesetzt. Mit 46 Codierungen wurde Bezug auf die „Bedeutung des 9. Novembers/Gedenken“ genommen. Zusätzlich äußerten diverse Teilnehmende eine „Kritik an der Entscheidung des VG Minden“ (31 Codierungen), dem Verbot der Demonstration von „Die Rechte“ durch die Polizei Bielefeld nicht stattzugeben. Aufgrund der thematischen Nähe und der starken inhaltlichen Überschneidungen der beiden Codes werden sie an dieser Stelle gemeinsam ausgewertet. Einige der Teilnehmenden berichteten, dass sie insbesondere die Bedeutung des 9. Novembers motiviert habe, an den Gegendemonstrationen teilzunehmen, wie diese Passage deutlich macht:

- *„Ich habe das erste Mal an einer Demo teilgenommen, weil es mir persönlich ein Bedürfnis war, dem entgegenzutreten, dass die Rechten, ausgerechnet am 09.11., dem Tag der Pogromnacht, in BI demonstrieren durften. Das hätte nicht genehmigt werden dürfen.“ (TN\_1)*

Darüber hinaus berichteten zahlreiche Teilnehmende von Emotionen wie z. B. Wut und Betroffenheit sowohl in Bezug auf die Entscheidung des VG Minden als auch auf die Demonstration von „Die Rechte“, wie z. B. diese beiden Zitate unterstreichen:

- *„Ich war sehr wütend, betroffen und traurig, dass diese Nazidemo am Gedenktag des Novemberpogroms in Bielefeld stattfinden durfte.“ (TN\_132)*
- *„[I]ch [habe] stark gemerkt, dass ich diesmal innerlich aufgewühlter und wütender war aufgrund der Demo an so einem Tag/Genehmigung an so einem Tag.“ (TN\_209)*

Viele der Teilnehmenden berichteten zudem – teilweise relativ detailliert - dass sie sich durch die Demonstration von „Die Rechte“ in ihrem Gedenken eingeschränkt gefühlt haben, wie z. B. in den folgenden zwei Passagen:

- *„Menschen, die sich mit einer rechtskräftig verurteilten und einsitzenden Holocaust-Leugnerin solidarisieren, sollten nicht an einem solch historisch aufgeladenen Tag wie dem 9.11. demonstrieren dürfen. Dies verhindert das Stille Gedenken. Insbesondere jene, die das Gedenken hochhalten wollen, fühlen sich stark durch entsprechende Demonstrationen [...] gestört.“ (TN\_225)*
- *„[I]ch bin wütend, dass wir diesen besonderen Tag nicht in leisem Gedenken begehen konnten“ (TN\_175)*

Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Minden wird in den offenen Kommentaren der Teilnehmenden recht einhellig abgelehnt und kritisiert, wie exemplarisch in diesen beiden Kommentaren:

- *„Ich habe keinerlei Verständnis für die Erlaubnis, da[s]s an genau diesem Datum diese Demo der Rechten stattfinden durfte.“(TN\_173)*
- *„Ich [...] halte es für eine Schande, dass das VG Minden an einem solch historisch besondere[n] Tag eine solch widerliche Demo zugelassen hat.“(TN\_134)*

Einige der Teilnehmenden äußern zudem Unverständnis darüber, dass das VG Minden in der Begründung seiner Entscheidung keinen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Demonstration von „Die Rechte“ am 9. November 2019 und dem Gedenken an die Novemberpogrome von 1938 sah, wie in dieser Passage deutlich wird:

- *„Aber das Ganze macht einen dennoch sprachlos. Wi[e] kann ein Gericht vermuten, dass di[e] Huldigung einer rechtskräftig verurteilten und inhaftieren Holocaustleugnerin in keinem Zusammenhang zu diesem Gedenk[t]ag steht?“ (TN\_32)*

Mehrfach wird von einige der Teilnehmenden in diesem Kontext eine juristische Handhabe gefordert, die es ermöglicht, zukünftig Demonstrationen wie die von „Die Rechte“ an bestimmten Gedenktagen verbietet, so z. B. hier:



- *„In anderen Bundesländern können die Verwaltungsgerichte Demos an solchen Gedenktagen verbieten. Auch NRW sollte das Versammlungsrecht (auch für linke!) an solchen Gedenktagen einschränken (bis auf Gedenkveranstaltungen).“ (TN\_210)*

#### „Einschränkung der Bewegungsfreiheit“

Wie im letzten Jahr fühlten sich viele der Teilnehmenden auch am 9. November 2019 durch Absperrungen und die Polizeipräsenz in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Mit 38 Codierungen bildete der Code „Einschränkung der Bewegungsfreiheit“ die am dritt-häufigsten genannte Kategorie. Ebenfalls wie im letzten Jahr blieben einige der offenen Kommentare in diesem Kontext wenig detailliert und bezogen sich oft auf das generelle Gefühl der Einschränkung der Bewegungsfreiheit, wie z. B. diese Passagen verdeutlichen:

- *„[U]nd wieder war die Stadt abgeriegelt. Ich musste einen riesen Umweg gehen, um nach Hause zu kommen.“ (TN\_42)*
- *„[c]h finde es einen Skandal, dass über 300 000 Tausend Menschen sich nicht frei in der Innenstadt - und v.a. wieder hinaus - bewegen konnten“ (TN\_158)*

Viele Teilnehmende berichteten davon, bestimmte Veranstaltungsorte entweder gar nicht oder nur durch Inkaufnahme längerer Umwege erreicht zu haben. Oft gaben die Teilnehmenden dabei persönliche Erfahrungsberichte, wie z. B. in diesen beiden Kommentaren:

- *„Ich und zwei weitere Personen wurden beim Mokkaflash gegen 11.30 daran gehindert, den direkten Weg zur Demo am Siegfriedplatz zu passieren, obwohl andere Passanten, während Polizisten die Absperrungen aufbauten, passieren durften. (TN\_193)*
- *„Ich habe versucht um 12 Uhr zur Kundgebung auf den Siegfriedsplatz zu gelangen. Die Polizei (Wuppertal) hat nach Gutdünken entschieden mich nicht herüber zu lassen.“ (TN\_176)*

Einige der Teilnehmenden berichteten zudem davon, an Übergängen von Beamt\*innen abgewiesen worden zu sein, so etwa in diesen beiden Beispielpassagen:

- *„[Die] Polizei hat verhindert, offene Bereiche zu passieren, wenn man wie ein Teilnehmer der Gegendemo aussah.“ (TN\_241)*
- *„Wenn man sagte, man will zur Demo wurde einem der Durchgang verwehrt und man musste an der nächsten Stelle fragen, die einem auch wieder was anderes sagten. Das war eindeutig eine Masche und gezielte Fehlinformation um die Me[n]schen davon abzuhalten zur Demo zu kommen.“ (TN\_96)*

„Vergleich mit/Bezug zum letzten Jahr“

Viele der Teilnehmenden bezogen sich in ihren Kommentaren auf den Polizeieinsatz und die Ereignisse rund um den letztjährigen Aufmarsch von „Die Rechte“ am 10. November 2018. Der Code „Vergleich mit/Bezug zum letzten Jahr“ bildete mit 31 Codierungen die fünft-häufigste Kategorie. Die Kommentare, die diesem Code zugeordnet wurden, bezogen sich fast ausschließlich auf die Wahrnehmung der Polizeieinsätze in diesem und dem vorherigen Jahr und dem Vergleich dieser. Überwiegend berichteten die Teilnehmenden, den diesjährigen Polizeieinsatz im Vergleich zu 2018 positiver wahrgenommen zu haben. Diese drei Passagen stehen dabei stellvertretend für einige andere:

- *„Der Polizeieinsatz war, verglichen mit letztem Jahr, deutlich weniger einschüchternd und hat sich diesmal gegen die passende Demo gestellt“ (TN\_32)*
- *„Im Vergleich zum letzten Jahr war das Auftreten der [P]olizist\*innen viel angemessener und gemäßiger. Uns standen freundliche, normal ausgerüstete' Beamt\*innen gegenüber, die sich alle Mühe gegeben haben, sich den [G]egendemonstrant\*innen freundlich und hilfsbereit gegenüber zu verhalten. Im letzten Jahr waren die [P]olizist\*innen in der ersten Reihe grundsätzlich mit [S]turmhaube/Kabelbindern etc. ausgestattet“ (TN\_207)*
- *„Ich persönlich empfand das Auftreten der Polizei in diesem Jahr deutlich angemessener als letztes Jahr. Die Beamten vermittelten einen ruhigeren Eindruck und wirkten weniger wie Beschützer der rechten Demo“ (TN\_188)*

Einige Teilnehmende wiederum sahen den diesjährigen Einsatz im Vergleich zum Vorjahr entweder genauso kritisch oder in einigen Fällen sogar noch kritischer, wie dieses Beispiel illustriert:

- *„Die Polizei hat sich, ähnlich wie letztes [J]ahr, nicht an vorher getätigte Absprachen gehalten. Zum Ende hin wurde die Polizei den [G]egendemonstrant\*innen gegenüber a[g]gressiv und wirkte gewaltbereit“ (TN\_161)*

## 5 Vergleich der Befragungsergebnisse 2018 und 2019

Nachfolgend sind die Ergebnisse der Befragungen von 2018 und 2019 im direkten Vergleich aufgeführt. Die angegebenen Mittelwerte, also die durchschnittlichen Antwortwerte, beziehen sich dabei jeweils auf die Teilstichprobe derjenigen, die aktiv an den Gegendemonstrationen teilgenommen haben. Verglichen werden ausschließlich Fragen, die in beiden Jahren in identischer Weise erfragt wurden. Im direkten Vergleich der jeweiligen Teilstichproben der Teilnehmenden aus beiden Jahren zeigt sich, dass die Gegendemonstrierenden 2019 im Vergleich etwas älter waren und etwas mehr an Demonstrationsteilnahmen in den letzten 12 Monaten berichtete. In Bezug auf die Geschlechterverteilung und die berichtete politische Orientierung zeigen sich keine Unterschiede.

	Teilnehmende 2018	Teilnehmende 2019
Alter ( <i>M (SD)</i> )	37,43 (13,79) Jahre	42,58 (14,72) Jahre
Geschlecht	55,6 % „weiblich“ 41,1 % „männlich“ 1,0 % „anderes“	56,8 % „weiblich“ 41,0 % „männlich“ 1,3 % „anderes“
Politische Orientierung (1 – „sehr links“ bis 5 – „sehr rechts“)	2,03 (0,58)	2,03 (0,55)
Demonstrationsteilnahmen in den letzten 12 Monaten (1 – „0“ bis 5 – „4 oder mehr“)	2,52 (1,45)	2,71 (1,49)

Im direkten Vergleich der Ergebnisse zeigt sich, dass die Teilnehmenden an den Gegendemonstrationen 2019 diese als effektiver darin einschätzten, eine Reihe von Zielen zu erreichen, etwa ein Zeichen „gegen Rechtsextremismus“ und „für ein buntes und weltoffenes Bielefeld“ zu setzen oder öffentliche Aufmerksamkeit zu schaffen. Den Polizeieinsatz haben die Teilnehmenden 2019 als insgesamt weniger kritisch eingeschätzt als 2018 – etwa in Bezug auf die Angemessenheit der Anzahl von Beamt\*innen, die verwendete Ausrüstung oder das Gefühl der Einschüchterung durch die Polizei. Trotz dieser relativ betrachtet weniger kritischen Wahrnehmung ist anzumerken, dass die durchschnittlichen Antworten auf viele Fragen deutlich rechts der jeweiligen Skalenmitte liegen, ein relevanter Teil der Teilnehmenden den Polizeieinsatz also weiterhin, wenn auch weniger kritisch, so doch als problematisch einschätzte und etwa die Anzahl von Beamt\*innen und die Ausrüstung als unangemessen und die Neutralität der Polizei als nicht gegeben bewertete.

	Teilnehmende 2018	Teilnehmende 2019
	M (SD)	M (SD)
„Wie wichtig waren für Sie die folgenden Gründe dafür, an der Gegendemonstration teilzunehmen?“ (1 – „überhaupt nicht wichtig“ bis 5 – „sehr wichtig“)		
„Die Möglichkeit zu haben, mich gegen Rechtsextremismus zu engagieren.“	4,84 (0,61)	4,87 (0,53)
„Die Möglichkeit zu haben, mich für Demokratie und ein buntes und weltoffenes Bielefeld zu engagieren.“	4,65 (0,83)	4,71 (0,72)
„Was glauben Sie, wie effektiv war die Gegendemonstration am 10.11. [bzw. 09.11] darin, die folgenden Ziele zu erreichen?“ (1 – „überhaupt nicht effektiv“ bis 5 – „sehr effektiv“)		
„Ein Zeichen gegen Rechtsextremismus zu setzen.“	4,02 (0,99)	4,45 (0,79)
„Ein Zeichen für ein buntes und weltoffenes Bielefeld zu setzen.“	4,22 (0,93)	4,53 (0,77)
„Menschen zu verbinden, die gemeinsame politische Ziele verfolgen.“	3,65 (1,02)	3,95 (0,92)
„Öffentliche Aufmerksamkeit zu schaffen.“	4,18 (0,94)	4,52 (0,73)
<u>Einschätzung des Polizeieinsatzes</u>		
„Als wie angemessen haben Sie die Anzahl der eingesetzten Polizeibeamt*innen empfunden?“ (1 – „viel zu wenige Beamte“ bis 5 – „viel zu viele Beamte“)	4,12 (0,84)	3,77 (0,83)
„Als wie angemessen haben Sie die verwendete Ausrüstung der Polizei (z.B. Wasserwerfer, Reiterstaffeln) empfunden?“ (1 – „viel zu wenig Ausrüstung“ bis 5 – „viel zu viel Ausrüstung“)	4,42 (0,82)	4,13 (0,87)
„Haben Sie den Eindruck, dass die Polizei während der Demonstration neutral war oder auf einer Seite stand? Die Polizei...“ (1 – „...stand eindeutig aufseiten der Gegendemonstranten“ bis 5 – „...stand eindeutig aufseiten der rechten Demonstration“)	3,76 (0,83)	3,36 (0,76)

„Würden Sie sagen, dass sich Ihr Vertrauen in die Polizei durch die Ereignisse rund um den 10.11. [bzw. 09.11.] verändert hat? Durch die Ereignisse hat sich mein Vertrauen in die Polizei...“ (1 – „stark verringert“ bis 5 – „stark erhöht“)	2,49 (0,88)	2,78 (0,71)
„Ich habe mich durch das Auftreten der Polizei beschützt gefühlt.“	2,42 (1,24)	2,68 (1,23)
„Ich habe mich durch das Auftreten der Polizei eingeschüchtert gefühlt.“	3,59 (1,24)	2,97 (1,32)
„Ich habe mich durch das Auftreten der Polizei in meinen Möglichkeiten zu demonstrieren eingeschränkt gefühlt.“	4,14 (1,23)	3,35 (1,45)
„Ich habe mich durch das Auftreten der Polizei in meiner Versammlungsfreiheit eingeschränkt gefühlt.“	3,86 (1,36)	2,93 (1,51)
<u>Weitere Inhalte</u>		
„Wenn ich daran denke, wie die Polizei sich gegenüber den Gegendemonstrierenden verhalten hat, macht mich das wütend.“	3,69 (1,31)	2,86 (1,40)
„Ich glaube, dass von den Teilnehmenden der Gegendemonstration ein hohes Gewaltpotenzial ausging.“	1,76 (0,95)	1,87 (0,93)
„Ich glaube, dass von den Teilnehmenden der rechten Demonstration ein hohes Gewaltpotenzial ausging.“	3,81 (1,06)	3,80 (1,05)
„Veranstaltungen wie die rechte Demonstration sollten in Zukunft verboten werden.“	3,52 (1,38)	3,46 (1,44)
„Ich kann Menschen verstehen, die nach den Erfahrungen bei der Gegendemonstration in Zukunft zu radikaleren Formen von Protest greifen wollen.“	2,83 (1,49)	2,56 (1,49)

Sofern nicht anders angegeben wurden die Fragen auf einer Skala von 1 – „stimme überhaupt nicht zu“ bis 5 – „stimme voll und ganz zu“ beantwortet.

## 6 Grenzen und Ausblick

Der Schwerpunkt des vorliegenden Berichts liegt auf der beschreibenden Darstellung der Studienergebnisse. Komplexere quantitative und qualitative Analysen sind auf Basis der erhobenen Daten möglich, stellen aber nicht den Fokus dieses Berichts dar, der zudem gründlich und zeitnah vorliegen sollte, um die Ergebnisse in den öffentlichen Diskurs zurück zu spiegeln. Das vorrangige Ziel der Studie war es, Teilnehmenden und Nicht-Teilnehmenden die Möglichkeit zu geben, ihre Wahrnehmungen und Erfahrungen vom 9. November an neutraler Stelle zu sammeln, zu dokumentieren und zu systematisieren. Im Sinne einer pragmatischen Umsetzung – in einigen Wochen wären die Erinnerungen an den Tag weniger lebhaft und womöglich auch weniger zuverlässig gewesen – wurden daher pragmatische methodische Entscheidungen getroffen. Einige offensichtliche Limitationen sind zur Einordnung der Studie wichtig und sollen an dieser Stelle kurz angerissen und eingeschätzt werden.

### Limitationen der verwendeten Antwortformate

Eine Studie wie die vorliegende bringt natürlicherweise methodische Grenzen mit sich, die in der Studienkonzeption nach Möglichkeit bereits berücksichtigt wurden. Die im Fragebogen formulierten Fragen sind, ebenso wie die verwendeten Codes zur Auswertung der offenen Kommentare, aus der medialen Debatte abgeleitet. Da dieser sich vorrangig um die Motive zur Teilnahme, die Rolle der unterschiedlichen beteiligten Akteursgruppen, insbesondere die Polizei und deren Einsatzkonzept, und den Gedenktag des 9. Novembers drehte, lag auch ein inhaltlicher Schwerpunkt der Umfrage in diesen Bereichen. Geschlossene Fragen erlauben nur eine begrenzt differenzierte Abbildung der Meinung der Befragten, die in aller Regel vielfältiger ist als die geschlossenen Fragen. Neben der Formulierung der Aussagen selbst ist dabei auch das Antwortformat, in dem die Antworten von Befragten codiert werden, wichtig. Es ist daher an dieser Stelle zu betonen, dass im Fragebogen in jedem Fall sowohl nach der Zustimmung als auch nach der Ablehnung von Aussagen gefragt wurde. Zudem bestand über die verwendete Mittelkategorie stets die Möglichkeit eine neutrale Antwort zu geben. Gerade aufgrund der Grenzen geschlossener Fragen war es uns wichtig, den Befragten zusätzlich die Möglichkeit zu geben, ihre Meinung differenziert über das offene Kommentarfeld zum Ausdruck zu bringen, was von vielen Befragten genutzt wurde.

### Mögliche Verzerrungen

Die vorliegende Stichprobe, also die Gesamtheit der Befragten, die an der Studie teilgenommen haben, kann nicht als repräsentativ für alle Teilnehmenden bzw. Nicht-Teilnehmenden der Gegendemonstrationen betrachtet werden. Es ist nicht auszuschließen und sogar eher wahrscheinlich, dass sich insbesondere diejenigen Teilnehmenden und Nicht-Teilnehmenden an der Umfrage beteiligt haben, die sich aus

persönlicher Motivation in besonderem Maße mit den Demonstrationen am 9. November auseinandergesetzt haben. Die Ergebnisse könnten aus diesem Grund in verschiedene Richtungen verzerrt sein. Es mag z. B. sein, dass sich überzufällig viele Teilnehmende an der Umfrage beteiligt haben, die die Rolle der Polizei besonders kritisch sehen oder die sich in besonderem Ausmaß mit dem Datum des 9. Novembers auseinandergesetzt haben. Ebenso wenig ist auszuschließen, dass überzufällig viele Befragte teilgenommen haben, die fanden, die Polizei werde zu Unrecht kritisiert und dieses Bild durch ihre Beteiligung zum Ausdruck bringen wollten. Auch ist nicht auszuschließen, dass einzelne Befragte Angaben gemacht haben, die nicht ihrer tatsächlichen Einstellung entsprechen. Dies sind nur einige der naheliegenden Ursachen potenzieller Verzerrungen, die insbesondere die Interpretation der Ergebnisse bei kleineren Stichproben erschweren. Im Falle der vorliegenden Studie jedoch schätzen wir schwerwiegende Verzerrungen in Bezug auf die Gruppe der Teilnehmenden als eher unwahrscheinlich ein. Zum einen ist die Stichprobe hinreichend groß, um Verzerrungen durch bewusste Fehlangaben auszugleichen. Auf Grundlage der Meinungen von über 1.000 Befragten lassen sich aussagekräftige Angaben zur Wahrnehmung der Ereignisse am 9. November treffen. Kritisch erscheint uns die Interpretation der vergleichsweise kleinen Teilstichprobe der Nicht-Teilnehmenden, bei der eine besonders heterogene Zusammensetzung zu vermuten ist: Zum einen finden sich unter den Nicht-Teilnehmenden Menschen, die gern an den Gegendemonstrationen teilgenommen hätten, aber aus persönlichen Gründen verhindert waren, zum anderen Menschen, die den Gegendemonstrationen im Speziellen oder Demonstrationen im Allgemeinen kritisch gegenüberstehen. Der Fokus des Berichts liegt auf den Daten derjenigen, die an den Gegendemonstrationen teilgenommen haben. Es sei an dieser Stelle auch daran erinnert, dass die Verbreitung weitgehend ohne Einflussnahme der Studienautor\*innen über die Print- und Internetpräsenzen lokaler Medien erfolgte. Auch die systematische Verzerrung der Ergebnisse durch gezielte Mehrfachteilnahme halten wir für eher unwahrscheinlich, weil dies durch technische Maßnahmen (u. a. lokal hinterlegter Cookie bei bereits erfolgter Teilnahme) zumindest erschwert wurde. Schließlich spricht auch die durchschnittliche Teilnahmedauer von über zehn Minuten dafür, dass zumindest die allermeisten Befragten sich zeitlich und inhaltlich auf die Befragung eingelassen haben.

### Einschätzung und Ausblick

Unser Fazit mit Blick auf die vorliegenden Daten ist, dass wir sie mit wenigen Einschränkungen für eine verlässliche Grundlage halten, um die Wahrnehmungen und Erfahrungen der Teilnehmenden und teils der Nicht-Teilnehmenden vom 9. November einzuschätzen. Die vorliegende Studie nimmt keine politische Einordnung vor und keine weitreichende inhaltliche Interpretation der Ergebnisse über die bisher vorwiegend deskriptive Auswertung hinaus. Sie könnte sonst ihrem Anspruch einer neutralen Dokumentation und Systematisierung nicht gerecht werden. Eine Interpretation und ein damit verbundener Wunsch soll an dieser Stelle dennoch formuliert werden: Wir hoffen, dass die Studie einen Beitrag zur

Aufarbeitung der Ereignisse rund um die Demonstrationen am 9. November 2019 leisten kann. Auch ohne komplexe statistische Analysen oder aufwändige Interpretation lässt sich an der reinen Teilnahmebereitschaft und den vorliegenden Studienergebnisse ablesen, dass die Ereignisse viele Beteiligte beschäftigt haben, nach wie vor beschäftigen und weiterhin Gesprächsbedarf besteht.



## Anhang A – Vollständige deskriptive Auswertung

### Deskriptive Auswertung der Daten der Teilnehmenden

Wie wichtig waren für Sie die folgenden Gründe dafür, an der Gegendemonstration teilzunehmen?					
	überhaupt nicht	eher nicht wichtig	teils/teils	eher wichtig	sehr wichtig
Die Möglichkeit zu haben, mich gegen Rechtsextremismus zu engagieren.	0,8 %	0,6 %	1,2 %	5,9 %	91,3 %
Die Möglichkeit zu haben, mich für Demokratie und ein buntes und weltoffenes Bielefeld zu engagieren.	1,4 %	1,3 %	3,1 %	13,2 %	80,7 %
Die Tatsache, dass die Demonstration in meiner unmittelbaren Umgebung stattgefunden hat.	6,1 %	10,2 %	25,0 %	24,9 %	33,4 %

Was glauben Sie, wie effektiv war die Gegendemonstration am 09.11. darin, die folgenden Ziele zu erreichen?					
	überhaupt nicht effektiv	eher nicht effektiv	teils/teils	eher effektiv	sehr effektiv
Ein Zeichen gegen Rechtsextremismus zu setzen.	0,4 %	2,4 %	9,6 %	27,5 %	60,2 %
Ein Zeichen für ein buntes und weltoffenes Bielefeld zu setzen.	1,1 %	1,2 %	6,9 %	25,3 %	65,0 %
Menschen zu verbinden, die gemeinsame politische Ziele verfolgen.	1,2 %	4,6 %	23,5 %	39,0 %	31,3 %
Öffentliche Aufmerksamkeit zu schaffen.	0,2 %	1,3 %	8,4 %	26,2 %	63,6 %

Die folgenden Fragen beziehen sich auf Ihre Wahrnehmung der Polizei, die am 09.11. vor Ort eingesetzt war.

Als wie angemessen haben Sie die *Anzahl* der eingesetzten Polizeibeamten empfunden?

viel zu wenige Beamte	eher zu wenige Beamte	teils/teils	eher zu viele Beamte	viel zu viele Beamte
0,5 %	1,0 %	42,7 %	32,8 %	23,1 %

Als wie angemessen haben Sie die *verwendete Ausrüstung* der Polizei (z.B. Wasserwerfer, Reiterstaffeln) empfunden?

viel zu wenig Ausrüstung	eher zu wenig Ausrüstung	teils/teils	eher zu viel Ausrüstung	viel zu viel Ausrüstung
0,2 %	1,9 %	25,4 %	29,8 %	42,6 %

Haben Sie den Eindruck, dass die Polizei während der Demonstration neutral war oder auf einer Seite stand? Die Polizei...

...stand eindeutig aufseiten der Gegen-demonstranten	...stand eher aufseiten der Gegen-demonstranten	...war neutral	...stand eher aufseiten der rechten Demonstration	...stand eindeutig aufseiten der rechten Demonstration
0,5 %	7,6 %	55,9 %	27,9 %	8,1 %

Würden Sie sagen, dass sich Ihr *Vertrauen in die Polizei* durch die Ereignisse rund um den 09.11. verändert hat? Durch die Ereignisse hat sich mein Vertrauen in die Polizei...

...stark verringert	...eher verringert	...nicht verändert	...eher erhöht	...stark erhöht
7,1 %	15,6 %	70,7 %	5,2 %	1,3 %

Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder lehnen diese ab? Sie beziehen sich auf Ihre Wahrnehmung der Polizei, der Teilnehmenden der rechten Demonstration und der Gegendemonstrierenden.

Wahrnehmung der Polizei					
	stimme überhaupt nicht zu	stimme eher nicht zu	teils/teils	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu
Ich habe mich durch das Auftreten der Polizei beschützt gefühlt.	20,9 %	25,6 %	27,3 %	17,2 %	8,9 %
Ich habe mich durch das Auftreten der Polizei eingeschüchtert gefühlt.	19,5 %	18,3 %	19,5 %	30,1 %	12,4 %
Ich habe mich durch das Auftreten der Polizei in meinen Möglichkeiten, zu demonstrieren, eingeschränkt gefühlt.	18,2 %	13,0 %	11,5 %	30,3 %	26,8 %
Ich habe mich durch das Auftreten der Polizei in meiner Versammlungsfreiheit eingeschränkt gefühlt.	27,6 %	14,3 %	16,3 %	21,2 %	20,5 %

Wahrnehmung der rechten Demonstration					
	stimme überhaupt nicht zu	stimme eher nicht zu	teils/teils	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu
Ich glaube, dass von den Teilnehmenden der rechten Demonstration ein hohes Gewaltpotenzial ausging.	2,1 %	9,5 %	25,7 %	31,2 %	30,9 %

Wahrnehmung der Gegendemonstration					
	stimme überhaupt nicht zu	stimme eher nicht zu	teils/teils	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu
Ich glaube, dass von den Teilnehmenden der Gegendemonstration ein hohes Gewaltpotenzial ausging.	42,0 %	36,1 %	15,1 %	5,6 %	0,8 %

Bedeutung des 09. Novembers		
	ja	nein
Hat das Datum des 09. Novembers für Sie eine besondere Bedeutung?	13,7 %	85,9 %

Am 9. November wird in Deutschland an eine Reihe von historischen Ereignissen erinnert. Insbesondere wird an diesem Datum der Novemberpogrome von 1938 gedacht, die als Auftakt der systematischen Ermordung der europäischen Juden durch die Nationalsozialisten gelten.

Gedenktagbezug					
	stimme überhaupt nicht zu	stimme eher nicht zu	teils/teils	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu
Mir persönlich ist es wichtig, am 09.11. der Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken.	1,1 %	3,0 %	9,5 %	19,7 %	66,5 %
Ich habe mich durch die rechte Demonstration am 09.11. in meiner Möglichkeit eingeschränkt gefühlt, der Opfer des Nationalsozialismus angemessen zu gedenken.	8,4 %	10,8 %	13,7 %	18,9 %	48,0 %

Das Bielefelder Polizeipräsidium hatte die Kundgebung der Partei „Die Rechte“ zur Forderung der Freiheit von Ursula Haverbeck am 09.11.2019 zunächst untersagt. In einem Eilverfahren hob das Verwaltungsgericht Minden diese sogenannte Verbotsverfügung mit der Begründung auf, „das benannte Thema der geplanten [rechten] Demonstration weise keine Stoßrichtung gegen das Gedenken an die nationalsozialistische Gewaltherrschaft auf“ (Link zur Pressemitteilung des Verwaltungsgerichts Minden vom 30. September 2019).

Haltung zum Verwaltungsgerichtsurteil					
	stimme überhaupt nicht zu	stimme eher nicht zu	teils/teils	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu
Ich bin der Meinung, dass das Thema der rechten Demonstration in unmittelbarem Zusammenhang mit dem 09.11. als Tag der Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus steht.	1,8 %	0,8 %	2,3 %	7,4 %	87,5 %

Ich halte die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Minden, die Kundgebung am 09.11. nicht zu verbieten, für richtig.	83,5 %	7,0 %	4,5 %	1,9 %	2,7 %
Veranstaltungen wie die rechte Demonstration sollten in Zukunft an Tagen des Gedenkens an die nationalsozialistische Gewaltherrschaft und ihre Opfer verboten werden.	1,5 %	1,7 %	2,5 %	6,1 %	88,1 %
Veranstaltungen wie die rechte Demonstration sollten in Zukunft verboten werden.	13,2 %	14,3 %	22,1 %	13,2 %	36,9 %

Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder lehnen diese ab? Sie beziehen sich auf Ihre Wahrnehmung von sich selbst und Ihre Erfahrungen während der Ereignisse am 09.11.2019.

	stimme überhaupt nicht zu	stimme eher nicht zu	teils/teils	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu
Ich fühle mich mit den Gegendemonstrierenden verbunden.	1,1 %	1,4 %	3,1 %	27,1 %	67,3 %
Wenn ich daran denke, wie die Polizei sich Gegendemonstrierenden gegenüber verhalten hat, macht mich das wütend.	24,5 %	17,0 %	21,4 %	21,6 %	15,1 %
Ich kann Menschen verstehen, die nach den Erfahrungen bei der Gegendemonstration in Zukunft zu radikaleren Formen von Protest greifen wollen.	36,9 %	16,8 %	14,1 %	17,7 %	14,4 %

Teilnahme an den Gegendemonstrationen 2018

	ja	nein
Haben Sie auch an der Gegendemonstration im vergangenen Jahr, am 10.11.2018, teilgenommen?	66,8 %	33,2 %

An wie vielen Demonstrationen außer denen am 09.11.2019 und ggf. 10.11.2018 haben Sie in den letzten 12 Monaten teilgenommen?

0	1	2	3	4 oder mehr
30,1 %	20,5 %	17,8 %	12,0 %	19,6 %

Von wie vielen Personen aus Ihrem persönlichen Umfeld wissen Sie, dass sie an der Gegendemonstration am 09.11. teilgenommen haben?

0	1-5	6-10	11-15	16 oder mehr
1,5 %	20,8 %	25,2 %	16,5 %	35,9 %

Angenommen, in der nächsten Woche würde noch einmal eine Gegendemonstration wie am 09.11. stattfinden – würden Sie daran teilnehmen?

auf keinen Fall	eher nein	vielleicht	eher ja	auf jeden Fall
0,7 %	0,8 %	4,4 %	11,9 %	82,2 %

#### Demographische Angaben

##### Alter

15-30 Jahre	31-45 Jahre	46-60 Jahre	61-75 Jahre	76 und älter
26,5 %	30,3 %	28,3 %	13,9 %	0,2 %

##### Geschlecht

weiblich	männlich	anderes
56,8 %	41,0 %	1,3 %

##### Politische Orientierung

sehr links	eher links	Mitte	eher rechts	sehr rechts
13,0 %	68,3 %	15,8 %	0,1 %	0,0 %

### Deskriptive Auswertung der Daten der Nicht-Teilnehmenden

Wie wichtig waren für Sie die folgenden Gründe dafür, nicht an der Gegendemonstration teilzunehmen?					
	überhaupt nicht	eher nicht wichtig	teils/teils	eher wichtig	sehr wichtig
Ich war aus persönlichen Gründen verhindert.	20,1 %	7,1 %	7,6 %	12,5 %	46,7 %
Ich nehme grundsätzlich nicht an Demonstrationen teil.	44,6 %	9,2 %	22,8 %	7,1 %	8,2 %
Ich konnte mich mit den Teilnehmenden der Gegendemonstration nicht identifizieren.	53,3 %	5,4 %	9,2 %	6,0 %	20,1 %
Das zu erwartende Polizeiaufgebot hat mich abgeschreckt.	60,9 %	13,6 %	9,2 %	4,3 %	6,0 %
Ich hatte Sorge vor Gewalt oder Krawallen durch die rechten Demonstrierenden.	45,7 %	19,0 %	10,3 %	9,2 %	9,8 %
Ich hatte Sorge vor Gewalt oder Krawallen durch die Gegendemonstrierenden.	41,8 %	12,0 %	12,0 %	12,5 %	15,8 %

Was glauben Sie, wie effektiv war die Gegendemonstration am 09.11. darin, die folgenden Ziele zu erreichen?					
	überhaupt nicht effektiv	eher nicht effektiv	teils/teils	eher effektiv	sehr effektiv
Ein Zeichen gegen Rechtsextremismus zu setzen.	13,6 %	8,7 %	11,4 %	16,8 %	48,9 %
Ein Zeichen für ein buntes und weltoffenes Bielefeld zu setzen.	13,0 %	8,7 %	11,4 %	14,7 %	51,6 %
Menschen zu verbinden, die gemeinsame politische Ziele verfolgen.	10,9 %	12,5 %	23,4 %	22,3 %	29,9 %
Öffentliche Aufmerksamkeit zu schaffen.	5,4 %	4,3 %	8,2 %	23,9 %	58,2 %

Die folgenden Fragen beziehen sich auf Ihre Wahrnehmung der Polizei, die am 09.11. vor Ort eingesetzt war.

Als wie angemessen haben Sie die Anzahl der eingesetzten Polizeibeamten empfunden?

viel zu wenige Beamte	eher zu wenige Beamte	teils/teils	eher zu viele Beamte	viel zu viele Beamte
5,4 %	3,8 %	64,7 %	15,8 %	10,3 %

Als wie angemessen haben Sie die verwendete Ausrüstung der Polizei (z. B. Wasserwerfer, Reiterstaffeln) empfunden?

viel zu wenig Ausrüstung	eher zu wenig Ausrüstung	teils/teils	eher zu viel Ausrüstung	viel zu viel Ausrüstung
4,9 %	9,8 %	47,8 %	20,7 %	16,8 %

Haben Sie den Eindruck, dass die Polizei während der Demonstration neutral war oder auf einer Seite stand? Die Polizei...

...stand eindeutig aufseiten der Gegen-demonstranten	...stand eher aufseiten der Gegen-demonstranten	...war neutral	...stand eher aufseiten der rechten Demonstration	...stand eindeutig aufseiten der rechten Demonstration
4,3 %	10,9 %	71,2 %	11,4 %	2,2 %

Würden Sie sagen, dass sich Ihr Vertrauen in die Polizei durch die Ereignisse rund um den 09.11. verändert hat? Durch die Ereignisse hat sich mein Vertrauen in die Polizei...

...stark verringert	...eher verringert	...nicht verändert	...eher erhöht	...stark erhöht
1,1 %	7,6 %	78,8 %	7,1 %	5,4 %



Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder lehnen diese ab? Sie beziehen sich auf Ihre Wahrnehmung der Polizei, der Teilnehmenden der rechten Demonstration und der Gegendemonstrierenden.

Wahrnehmung der Polizei					
	stimme überhaupt nicht zu	stimme eher nicht zu	teils/teils	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu
Ich glaube, die Polizei hat die Teilnehmenden der Gegendemonstration beschützt.	13,6 %	14,7 %	40,2 %	17,9 %	13,0 %
Ich glaube, die Polizei hat die Teilnehmenden der Gegendemonstration eingeschüchtert.	33,7 %	14,7 %	29,3 %	15,8 %	6,0 %
Ich glaube, die Polizei hat die Teilnehmenden der Gegendemonstration in ihren Möglichkeiten, zu demonstrieren, eingeschränkt.	35,9 %	14,1 %	23,9 %	14,1 %	11,4 %
Ich glaube, die Polizei hat die Teilnehmenden der Gegendemonstration in ihrer Versammlungsfreiheit eingeschränkt.	50,5 %	12,0 %	16,8 %	13,6 %	6,5 %

Wahrnehmung der rechten Demonstration					
	stimme überhaupt nicht zu	stimme eher nicht zu	teils/teils	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu
Ich glaube, dass von den Teilnehmenden der rechten Demonstration ein hohes Gewaltpotenzial ausging.	13,0 %	16,3 %	20,1 %	28,8 %	21,7 %

## Wahrnehmung der Gegendemonstration

	stimme überhaupt nicht zu	stimme eher nicht zu	teils/teils	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu
Ich glaube, dass von den Teilnehmenden der Gegendemonstration ein hohes Gewaltpotenzial ausging.	33,2 %	25,0 %	14,1 %	14,1 %	13,0 %

## Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder lehnen diese ab? Sie beziehen sich auf Ihre Wahrnehmung von sich selbst und Ihre Erfahrungen während der Ereignisse am 09.11.2019.

	stimme überhaupt nicht zu	stimme eher nicht zu	teils/teils	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu
Ich fühle mich mit den Gegendemonstrierenden verbunden.	17,4 %	9,2 %	10,3 %	15,8 %	47,3 %
Wenn ich daran denke, wie die Polizei sich Gegendemonstrierenden gegenüber verhalten hat, macht mich das wütend.	48,4 %	12,5 %	23,4 %	10,3 %	5,4 %
Ich kann Menschen verstehen, die nach den Erfahrungen bei der Gegendemonstration in Zukunft zu radikaleren Formen von Protest greifen wollen.	63,0 %	12,5 %	11,4 %	7,6 %	5,4 %

## Bedeutung des 09. Novembers

	ja	nein
Hat das Datum des 09. Novembers für Sie eine besondere Bedeutung?	33,7 %	66,3 %

Am 9. November wird in Deutschland an eine Reihe von historischen Ereignissen erinnert. Insbesondere wird an diesem Datum der Novemberpogrome von 1938 gedacht, die als Auftakt der systematischen Ermordung der europäischen Juden durch die Nationalsozialisten gelten.

Gedenktagbezug					
	stimme überhaupt nicht zu	stimme eher nicht zu	teils/teils	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu
Mir persönlich ist es wichtig, am 09.11. der Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken.	11,4 %	10,9 %	16,8 %	19,6 %	41,3 %
Ich habe mich durch die rechte Demonstration am 09.11. in meiner Möglichkeit eingeschränkt gefühlt, der Opfer des Nationalsozialismus angemessen zu gedenken.	43,5 %	9,2 %	8,2 %	12,5 %	26,6 %

Das Bielefelder Polizeipräsidium hatte die Kundgebung der Partei „Die Rechte“ zur Forderung der Freiheit von Ursula Haverbeck am 09.11.2019 zunächst untersagt. In einem Eilverfahren hob das Verwaltungsgericht Minden diese sogenannte Verbotsverfügung mit der Begründung auf, „das benannte Thema der geplanten [rechten] Demonstration weise keine Stoßrichtung gegen das Gedenken an die nationalsozialistische Gewaltherrschaft auf“ (Link zur Pressemitteilung des Verwaltungsgerichts Minden vom 30. September 2019).

Haltung zum Verwaltungsgerichtsurteil					
	stimme überhaupt nicht zu	stimme eher nicht zu	teils/teils	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu
Ich bin der Meinung, dass das Thema der rechten Demonstration in unmittelbarem Zusammenhang mit dem 09.11. als Tag der Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus steht.	8,7 %	6,0 %	12,5 %	15,2 %	57,6 %
Ich halte die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Minden, die Kundgebung am 09.11. nicht zu verbieten, für richtig.	53,3 %	10,3 %	10,3 %	9,8 %	16,3 %
Veranstaltungen wie die rechte Demonstration sollten in Zukunft an Tagen des Gedenkens an die nationalsozialistische Gewaltherrschaft und ihre Opfer verboten werden.	19,0 %	4,9 %	7,1 %	11,4 %	56,5 %

Veranstaltungen wie die rechte Demonstration sollten in Zukunft verboten werden.	35,3 %	15,2 %	14,7 %	11,4 %	22,8 %
--	--------	--------	--------	--------	--------

## Teilnahme an der Demo im letzten Jahr

ja

nein

Haben Sie auch an der Gegendemonstration im vergangenen Jahr, am 10.11.2018, teilgenommen?

25,5 %

74,5 %

An wie vielen Demonstrationen (ggf. außer der am 10.11.2018) haben Sie in den letzten 12 Monaten teilgenommen?

0

1

2

3

4 oder mehr

59,2 %

17,9 %

14,7 %

4,3 %

3,8 %

Von wie vielen Personen aus Ihrem persönlichen Umfeld wissen Sie, dass sie an der Gegendemonstration am 09.11. teilgenommen haben?

0

1-5

6-10

11-15

16 oder mehr

25,0 %

39,7 %

14,7 %

7,1 %

13,6 %

Angenommen, in der nächsten Woche würde noch einmal eine Gegendemonstration wie am 09.11. stattfinden – würden Sie daran teilnehmen?

auf keinen Fall

eher nein

vielleicht

eher ja

auf jeden Fall

32,6 %

8,7 %

23,4 %

13,6 %

21,7 %

## Demographische Angaben

## Alter

17-30 Jahre

31-45 Jahre

46-60 Jahre

61-75 Jahre

76 und älter

22,3 %

33,7 %

31,0 %

11,4 %

0,5 %

Geschlecht

weiblich

männlich

anderes

47,3 %

51,1 %

1,1 %

Politische Orientierung

sehr links

eher links

Mitte

eher rechts

sehr rechts

5,4 %

42,9 %

38,0 %

8,2 %

2,2 %

## Anhang B – Codetabellen zur Auswertung der offenen Kommentare

### Codetabelle zur Auswertung der Teilnehmenden-Kommentare

Code	Anzahl an Codierungen
Kritik am Einsatz der Polizei	66
Bedeutung des 09. Novembers/Gedenkens	46
Einschränkung der Bewegungsfreiheit	38
Kritik an der Entscheidung des VG Minden	31
Vergleich mit/Bezug zum letzten Jahr	31
Einschüchterung durch die Polizei	30
Lob gegenüber der Polizei	25
Kritik an der Streckenführung	23
Kritik am Fragebogen	10
<b>Gesamt</b>	<b>300</b>

# Impressum

## Verantwortlich für den Inhalt der Studie

**Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG)**

Universitätsstraße 25

33615 Bielefeld

## Mitarbeit

**Michael Papendick**

Wissenschaftlicher Mitarbeiter  
michael.papendick@uni-bielefeld.de

**Jonas Rees**

Wissenschaftlicher Mitarbeiter  
jonas.rees@uni-bielefeld.de

**Yann Rees**

Wissenschaftlicher Mitarbeiter  
y.rees@uni-bielefeld.de

**Franziska Wäschle**

Wissenschaftliche Hilfskraft  
franziska.waeschle@uni-bielefeld.de

**Andreas Zick**

Institutsleitung  
sekretariat.ikg@uni-bielefeld.de